

# Bielefeld

ZUKUNFT STADT  
DEMOGRAPHISCHER  
WANDEL

# Zukunft STADT

Demographischer Wandel in Bielefeld

**Zukunft findet Stadt – Stadt findet Zukunft**

Ein Symposium zum demographischen Wandel im März 2007

## Inhalt

<b>Vorwort des Oberbürgermeisters</b>	<b>3</b>
<i>Eberhard David</i>	
<b>Von der Idee einer Stadt</b>	<b>4</b>
<i>Susanne Tatje</i>	
<b>Moment des Innehaltens</b>	<b>5</b>
<i>Michael Heicks</i>	
<b>Zukunft findet Stadt</b>	<b>6 – 7</b>
<i>Eröffnung des Symposiums mit Oberbürgermeister Eberhard David   Uraufführung von Felicia Zellers Komödie deutsches hysterisches museum</i>	
<b>Zukunft Stadt</b>	<b>8 – 16</b>
<i>Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin</i>	
<b>Die Stadt neu denken</b>	<b>17 – 22</b>
<i>Gesprächsrunde zum Thema „Zukunft Stadt“</i>	
<b>Die Stadt neu sehen</b>	<b>23 – 26</b>
<i>Demographischer Stadtrundgang durch Bielefeld</i>	
<b>Schwund</b>	<b>27</b>
<i>Karl-Heinz, Leonie, Celal und die anderen</i>	
<b>Demographie und Dichtung</b>	<b>28 – 30</b>
<i>Matinée zum Thema „Wir werden weniger, älter und bunter“</i>	
<b>Mitwirkende des Symposiums</b>	<b>31 – 35</b>
<i>„ZUKUNFT findet STADT – STADT findet ZUKUNFT“</i>	

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bielefelder und Bielefelderinnen!

Sind wir auf die Zukunft vorbereitet? Auf eine Gesellschaft mit immer weniger Kindern, dafür aber mehr Alten und Menschen mit Migrationshintergrund? Vor allem bei uns in den Städten werden die Folgen des demographischen Wandels deutlich zu spüren sein. Wie können Stadtentwicklung und Planung gegensteuern? Wie soll die Stadt der Zukunft aussehen?

In Bielefeld haben die Demographiebeauftragte Susanne Tatje und das TheaterBielefeld gemeinsam ein ungewöhnliches Symposium zu diesem Thema veranstaltet. Künstler, Architekten, Stadtplaner und Wissenschaftler waren eingeladen, sich mit diesen Fragen auf ganz vielfältige Art und Weise auseinander zu setzen. Es gab die Uraufführung zweier Theaterstücke, die sich mit dem demographischen Wandel beschäftigen. Es gab Vorträge, Gesprächsrunden, Diskussionen und einen demographischen Stadtrundgang. Das Symposium „Stadt“ soll dazu beitragen, die Folgen des demographischen Wandels in eine positive Richtung zu lenken. Viele gesellschaftliche Gruppen sollen in diesen Prozess einbezogen werden, nicht nur Fachleute, sondern auch Bürgerinnen und Bürger, die ihre eigenen Vorstellungen davon haben, wie sie in Zukunft leben und arbeiten wollen.



*Eberhard David  
Oberbürgermeister*

In Bielefeld sind wir auf einem guten Weg, wie auch die positive überregionale Resonanz auf die Arbeit unserer Demographiebeauftragten Susanne Tatje zeigt. Trotzdem wollen wir nicht bei dem Erreichten stehen bleiben, sondern wir müssen immer wieder um die richtigen Konzepte und Lösungen ringen.

Die vorliegende Dokumentation des Symposiums soll dazu beitragen, dass Sie, liebe Bielefelder und Bielefelderinnen, Lust bekommen, sich mit dem Thema näher zu befassen oder auch aktiv bei unseren Demographieprojekten mitzumachen. Dazu lade ich Sie auch an dieser Stelle noch einmal herzlich ein.

Mit freundlichem Gruß

Eberhard David  
Oberbürgermeister

## Impressum

**Herausgeber** | Stadt Bielefeld *Der Oberbürgermeister*  
**Verantwortlich für den Inhalt** | Susanne Tatje *Demographische Entwicklung*  
**Redaktion** | Silke Tornede *Journalistin* | Susanne Tatje *Demographische Entwicklung*  
**Fotographie** | Stefanie Behrmann  
**Gestaltung** | Stefanie Freise *FREISE GRAFIKDESIGN*  
**Druck** | Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (lögD)

## Von der Idee einer Stadt

von Susanne Tatje | Demographiebeauftragte der Stadt Bielefeld



Susanne Tatje

Das Thema „Stadt“ hat durch den demographischen Wandel wieder an Aktualität und Brisanz gewonnen, nicht nur in Deutschland sondern auch international. Begriffe wie Schrumpfung bestimmen die Diskussion.

Dabei ist das Thema „Stadt“ nicht neu. Schon in den 70-er Jahren waren die Thesen von Alexander Mitscherlich über die „Unwirtlichkeit der Städte“ ein wichtiger Bestandteil der stadtsoziologischen Debatten. In Bielefeld blieb es damals nicht bei Diskussionen im universitären Raum. Studierende und engagierte Bürgerinnen und Bürger besetzten Häuser aus der Gründerzeit, um sie vor dem Abriss für Parkhäuser und Straßen zu bewahren. Ein Versuch, Stadt-Geschichte zu erhalten und Urbanität zu sichern.

Damit das Thema „Stadt und demographischer Wandel“ nicht nur in akademischen Zirkeln, unter Fachleuten oder Politikern diskutiert wird, sondern sich auch Bürgerinnen und Bürger damit befassen und an der Diskussion über die Zukunft ihrer Stadt beteiligen, müssen immer wieder neue Wege gesucht werden. Wie gehen wir mit Schrumpfung,

Alterung, Gettobildung um? Wie können Stadtentwicklung und Planung gegensteuern? Wie soll die Stadt der Zukunft aussehen? Das waren die wichtigen Fragen des Bielefelder Symposiums „ZUKUNFT findet STADT – STADT findet ZUKUNFT“ im März 2007 in Bielefeld. Das besondere an diesem Symposium war, den demographischen Wandel aus ganz unterschiedlichen Sichtweisen zu betrachten. Künstler, Architekten, Stadtplaner, Journalisten und Wissenschaftler waren eingeladen, sich mit diesen Fragen einmal ganz anders auseinanderzusetzen.

In Zeiten des Umbruchs kann und sollte Kultur wichtige gesellschaftliche Fragen aufwerfen und mit ihrer Arbeit Energien freisetzen. Denn unsere Gesellschaft steht vor einem grundsätzlichen Wandel. Seit Beginn der Industrialisierung vor rund 200 Jahren ist unser Leben von kontinuierlichem Wachstum geprägt – doch dieses Wachstum hat Grenzen. Wir müssen umdenken und erkennen, dass aus diesem Stillstand oder Rückgang kein Mangel abgeleitet werden muss, sondern dass sich daraus neue Entwicklungsfelder eröffnen.

Wir sollten die Chance, die uns der demographische Wandel bietet, für unsere Stadt nutzen. Wir brauchen kreative Ideen und Ansätze, um eine lebendige, zukunftsfähige Stadt zu schaffen, in der Menschen sich wohl fühlen.

Der amerikanische Architekturkritiker Lewis Mumford sah Städte als ein „Symbol für das Mögliche.“ Lassen Sie uns das Mögliche machbar machen.

## Moment des Innehaltens

von Michael Heicks | Intendant des Theater Bielefeld



Michael Heicks

Unter dem Motto „Neuzeit“ hat das Theater Bielefeld in der Spielzeit 2006/2007 seine Arbeit ganz wesentlich der sich wandelnden Welt gewidmet, deren Umbrüche in uns höchst unterschiedliche Empfindungen auslösen: zwischen larmoyanter Resignation und wagemutigem Vorwärtsdrang sind alle Schattierungen zu finden. Ist es eher Bedrohung oder verbergen sich im Ungewissen doch Chancen und Möglichkeiten? Das Theater kann darauf zwar keine Antworten geben, aber in der Versinnlichung von Fragestellungen kann das Theater berühren und bewegen: die Herzen und Köpfe seines Publikums. In diesem Sinne war es ein Glücksfall, dass wir uns im Rahmen des Symposiums „ZUKUNFT findet STADT – STADT findet ZUKUNFT“ mit unterschiedlichen theatralischen Mitteln dem demographischen Wandel nähern konnten.

Die Uraufführung von „deutsches hysterisches museum“, Felicia Zellers neuestem Stück, das vom Theater Bielefeld in Auftrag gegeben wurde, war nicht nur ein wichtiger Impulsgeber für das Symposium selbst, sondern auch ein signifikantes Beispiel dafür, was ein Theater auch leisten muss, wenn es sich seiner Verantwortung stellt. Theater muss Mittel und Wege finden, um die Pflege zeitgenössischer Autoren aktiv zu betreiben. Für die dramatische Literatur ist die Erprobung auf der Bühne überlebensnotwendig, denn die Lektüre allein lässt sie verkümmern.

„Schwund“ ist eine Gemeinschaftsproduktion des Theater Bielefeld mit dem AlarmTheater, die den demographischen Wandel in einem besten Sinne entzündlichen Probenprozess generationenübergreifend thematisierte. Unbequeme Fragen wurden gestellt, Tabus thematisiert, Dissonanzen ausgehalten, ein Miteinander errungen. Intensive Probenstage haben Kraft gekostet, den Beteiligten aber auch gleichzeitig unerwartetes Erleben von Nähe beschert.

Die beiden Beiträge des Theater Bielefeld zum Symposium könnten unterschiedlicher kaum sein. Aber genau diese Expeditionen mit ungewissem Ausgang machen die Arbeit am Theater so wahnsinnig aufregend.

Eine Stadt gönnte sich im Rahmen des Symposiums einen Moment des Innehaltens. Einen Moment des Nachdenkens. Einen Moment der Diskussion. Manche nennen es Luxus. Für mich sind solche Momente jedoch unverzichtbar. Wir sollten sie uns öfter leisten.

## Zukunft findet Stadt

Eröffnung des Symposiums mit Oberbürgermeister Eberhard David

Ein Auftakt im Theatersaal – schon zu Beginn wird deutlich, dass das Symposium „Zukunft findet Stadt – Stadt findet Zukunft“ keine gewöhnliche Veranstaltung ist. Drei Tage lang haben sich Künstler, Städteplaner, Wissenschaftler, Journalisten und Bürger mit dem demographischen Wandel beschäftigt und sich dabei auch auf neuen und kreativen Wegen der Materie genähert.



Eberhard David | Oberbürgermeister und  
Susanne Tatje | Demographiebeauftragte

„Das Thema demographischer Wandel ist in. Viele kluge Menschen machen sich über fehlende Kinder, den Bevölkerungsschwund und die älter werdende Gesellschaft in Deutschland Gedanken“, begrüßte Oberbürgermeister Eberhard David das Publikum im Theater am

Alten Markt. In seiner Eröffnungsrede betonte David, dass Bielefeld den demographischen Wandel nicht als Schreckensvision begreife. Er sei froh,

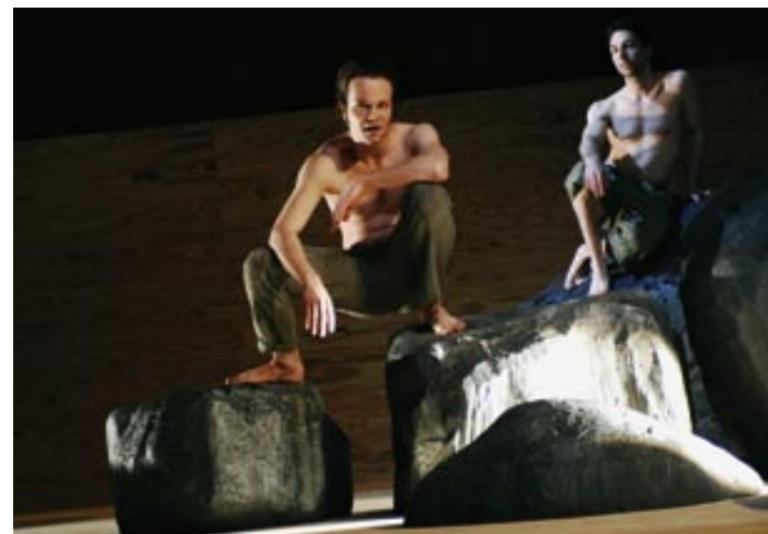
dass im Konzept der Demographiebeauftragten Susanne Tatje vor allem auch die Chancen für Bielefeld herausgearbeitet worden sind. „Trotzdem dürfen wir nicht bei dem Erreichten stehen bleiben, sondern müssen immer wieder um die richtigen Konzepte und Lösungen ringen.“ Das Symposium solle dazu beitragen, Antworten zu finden auf die Frage, wie die Bielefelder am Thema „Zukunft Stadt“ weiterarbeiten können. Und es soll auch Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Die Uraufführung von Felicia Zellers *deutschem hysterischen museum* sei dafür ein guter Beginn, so David. Und auch nach der Premiere diskutierten die Anwesenden angeregt über das Stück und die Zukunft der Stadt weiter.

### Uraufführung von Felicia Zellers Komödie *deutsches hysterisches museum*

Demographen versuchen, möglichst realistische Prognosen für die Zukunft zu entwickeln. Eine Theaterautorin arbeitet anders. Mit ihrem Auftragswerk *deutsches hysterisches museum* zum Thema demographische Entwicklung beamt sich Felicia Zeller in das Jahr 2027 und blickt von dieser Warte aus auf Zukunft und Gegenwart. Schräg, witzig, überzeichnet und skurril sind die Bilder, die auf der Bühne entstehen. Die Komödie entlarvt an vielen Stellen die Hysterie und Absurditäten in der aktuellen Demographie-Debatte.

Sind wir reif fürs Museum? Auf der Bühne jedenfalls fangen die Bürger an, Museen zum Gedenken an sich selbst zu errichten. Vielleicht kommt ja mal ein Außerirdischer vorbei, der sich für Geschichte interessiert. Für ein ausgestorbenes Volk. Aus Bruchstücken und Überresten müsste sich dieser Außerirdische ein Bild von uns machen, und ähnlich setzt auch Felicia Zeller Bilder und Szenen zusammen. Eine Art Puzzle unserer heutigen und künftigen Welt.

Ein zentrales Thema im Stück, das eigens für das Symposium geschrieben und in Bielefeld uraufgeführt wurde, ist das Erinnern und Vergessen, die Suche nach einem historischen Bewusstsein, das langsam schwindet. Die Gedächtnispillen, die zwei Greise regelmäßig schlucken, sind auf einmal jedenfalls weg. Derweil arbeitet der einsame Architekt Blochlochener unermüdlich gegen das Vergessen an und baut ein „Ein-Personen-Museum“ in einem Reihenhaus. Er ist der letzte



Spross der Familie und will die Erinnerung an sich und die Ahnen bewahren. Ein Wettlauf gegen die Zeit.

Ironisch, grell und böse – jede Szene wirft ein neues Schlaglicht auf Facetten unserer Gesellschaft. Da gibt es die Vorzeigefamilie, stets um die heile Fassade nach außen bemüht. Da gibt es überforderte Mütter, die nur noch Probleme mit den hochtechnisierten Kinderwagen haben. Die Kinder selbst sind Nebensache. Da gibt es die jugendlichen Mauerstützer, die keine Arbeit haben und mit sinnlosem Posen ihre Zeit verbringen. Inspiriert haben die 36-jährige Felicia Zeller junge arbeitslose Männer in Algerien, die den ganzen Tag an eine Mauer gelehnt herumstehen und nicht zu tun haben. „Aber auch in Neukölln gibt es solche Männer“, sagt die in Berlin lebende Autorin. Bemerkenswerterweise sind es in dem Stück eher die Jungen und nicht unbedingt die Alten, die bemitleidenswert erscheinen. Die vita-



len Greise jedenfalls sind ziemlich geschäftstüchtig und betreiben einen florierenden Handel mit Alters-Accessoires. Lange graue Kunstbärte und Runzelstifte sind gefragt, alt sein ist in. Und in der Vorzeigefamilie, die in die Jahre gekommen ist, haben die Eltern wenigstens noch glorreiche Erinnerungen an frühere Hippie-Zeiten. Die gestresste Tochter entwickelt dagegen verzweifelt einen Pflegeroboter für ihre immer tüdzeliger werdenden Eltern – und scheint dabei völlig überfordert mit ihrem Leben.

„Gibt es eigentlich auch jemand, der sich die Zukunft hell, freudig und gut vorstellt?“ ruft ein cooles Cowgirl in den Raum und sucht nach einem Hoffnungsschimmer am Horizont. Und tatsächlich stellt sich im Verlauf des Stückes – ganz ohne Hysterie – ein Gefühl von Gelassenheit ein: Es wird schon irgendwie weiter gehen. Oder, wie Felicia Zeller es formuliert: „Wir wissen ja nicht, wie es in 20 oder 30 Jahren sein wird – auf jeden

Fall nicht schlimmer als die Menschen, die in dieser Zukunft leben.“



Mit: Ines Buchmann,  
Christina Huckle, Claudia  
Mau, Carmen Priego, Julian  
M. Grünthal, Stefan Imholz,  
Stefan Gohlke, Andreas  
Wegwerth  
Inszenierung:  
Daniela Kranz  
Bühne und Kostüm:  
Bettina Kraus  
Dramaturgie:  
Claudia Lowin  
Premiere: 9. März 2007  
im Theater am Alten Markt

Fotos: „deutsches hysterisches museum“ Matthias Stütte

## Zukunft Stadt

Vortrag von Professor Dr. Julian Nida-Rümelin | Staatsminister a.D.,  
Politische Theorie und Philosophie, Ludwig-Maximilians-Universität

### *Herr Oberbürgermeister in absentia, Frau Tatje, meine sehr geehrten Damen und Herren!*



Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Ich möchte drei Bemerkungen vorausschicken.<sup>1</sup> Erstens, wie Sie wissen, bin ich weder Stadtplaner, noch Architekt, nicht einmal Stadtsoziologe. Dass ich dennoch eingeladen wurde, scheint Sinn zu machen, denn wenn man sich das Konzept dieses Symposiums anschaut, dann ist es offensichtlich darauf ausgerichtet, ganz unterschiedliche disziplinäre Perspektiven zu eröffnen. Wenn das schon mit Theater beginnt und im Theater stattfindet ist das schon ein gutes Zeichen. Und wenn dann die Podien und die Beiträge dementsprechend gemischt sind, dann kann man hoffen, dass da auch Ungewöhnliches verhandelt wird. Nicht das, was sehr viele Male wiederholt wurde.

Meine zweite Bemerkung: Ludwig Wittgenstein war einmal über längere Jahre Leiter des Moral Science Club Cambridge und als solcher hat er immer von seinen Referenten mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit – und gewiss gelegentlich auch Rücksichtslosigkeit – verlangt, dass jeder Vortrag wenigstens eine diskussionswürdige These enthalten solle. Ich werde also versuchen, wenigstens eine These aufzustellen, die sich zu diskutieren lohnt.

Meine dritte und letzte Vorbemerkung: ich war jetzt eine Woche genau auf Mariposa, wo in den achtziger Jahren die Brüder Krier das Projekt eines neuen Atlantis entwickelt haben. Einer der beiden Brüder hat sich auch im Bereich Städtebau und Architektur selbst engagiert. Der andere hat sich dem verweigert, weil er Sorge hatte, dass diese Utopie einer idealen Stadt unter den Zwängen der Realisierung leiden könnte. Das Ehepaar Müller hat sich schließlich das Ziel gesetzt, dieses Projekt einer Idealstadt zu realisieren und zwar auf einem Gelände auf Teneriffa, eben jenes Mariposa. Interessanterweise ist daraus aber keine Stadt geworden, sondern ein Garten mit Kunst. Sie finden dort zwar hochrangige, zeitgenössische Kunst, aber keine Stadt.

Als Analytiker versuche ich, ein klares Argument in sieben Schritten zu entwickeln. Ich habe diese Tage vieles von dem, was ich mit Studenten im letzten Semester über Urbanistik und Stadtpolitik diskutiert hatte, noch einmal gesichtet. Die zentrale Perspektive in dieser sehr heterogenen Literaturlandschaft ist der Begriff Urbanität. Das Faszinierende dieses Symposiums ist nun, dass man Urbanität und Demographie in ein Verhältnis bringt. Die Idee der Stadt wird seit jeher unter den neuen Bedingungen einer Gesellschaft diskutiert, und eine der wesentlichen, veränderten Bedingungen ist die demographische Entwicklung.

Wenn man die Literatur etwas gründlicher untersucht, kann man hingegen leicht verzweifeln, denn was alles unter Urbanität verstanden wird, bildet ein riesiges Spektrum und entleert den Begriff bis hin zur Beliebigkeit. Es ließe sich abendfüllend darüber streiten, denn man könnte sich an Walter Siebel halten – es ist in Ihren einführenden Worten schon angeklungen – und Urbanität im Wesentlichen als geteilte Erinnerung an die Geschichte der Bürgerschaft, die auch in bestimmten Gebäuden präsent ist, verstehen.<sup>2</sup>

Oder mit Hans-Paul Bahrdt gehen, der Urbanität soziostrukturell für die Polarisierung des Alltagslebens in die beiden Sphären der Privatheit und Öffentlichkeit verantwortlich zeichnet. Oder Edgar Salin folgen, der in einem bahnbrechenden Vortrag 1960 und später in seiner Kritik an der Verwendung des Urbanitätsbegriffes im Jahre 1970 Urbanität zunächst als „Bürgertugend und politische Partizipation“ definierte und 1970 sagte: Missverständnis! Das ging nur in Athen, der griechischen Stadt, vielleicht noch im Rom Ciceros, aber nicht mehr heute. Oder man legt das Gewicht auf die Differenz, auf die Möglichkeit im anonymen, urbanen Kontext von der Norm abzuweichen, womit auch die Frage der Nachtseite der Urbanität aufkommt. Oder man bleibt bei Karl Kraus und seinem Verständnis von Urbanität als Befreiung von den Zwängen der Natur und der Stadt als großer Bedürfnisbefriedigungsmaschine und schließt mit seinem Bonmot: „Ich verlange von der Stadt, in der ich leben soll, Asphalt, Straßenspülung, Haustorschlüssel, Heizung, Warmwasserleitung. Gemütlich bin ich selbst.“

Es gibt übrigens zwei, in meinen Augen nach wie vor in ihrer Analyseschärfe unübertroffene Stellungnahmen zum Thema Stadt, die hier als Referenzgrößen cursorisch angesprochen, wenn auch nicht referiert sein mögen. Das ist erstens Max Webers Analyse der nordeuropäischen Stadt mit dem Citoyen, der sich von der traditionellen Machtstruktur emanzipiert, mit dem Bourgeois, der Güter produziert und Güter kauft auf einem Markt der Vielfalt und schließlich die Individuation, welche die Stadt ermöglicht. Zweitens wäre Georg Simmels charakteristische Verbindung der Philosophie des Geldes und der Philosophie zu nennen. Vielleicht sollte man anstelle von Philosophie Psychologie setzen, denn er hatte seinen Vortrag ursprünglich „Psychologie der Großstadt“ nennen wollen.

### **Urbanität als Normativität**

Meine These allerdings ist heute, dass bei dieser Vielfalt von Urbanitätsdefinitionen und Urbanitätskriterien offensichtlich verdeckt eine normative Auseinandersetzung ausgetragen wird. Die einzelnen Beteiligten reden nicht so sehr darüber, was empirisch die europäische Stadt eigentlich ausmacht, sondern es geht ihnen im Kern um die richtige, angemessene, wünschbare Stadt. Anstatt dies explizit vorzutragen, wird dies in Gestalt einer Auseinandersetzung über den rich-

tigen Begriff von Urbanität ausgetragen und das weckt natürlich einen analytischen Widerspruch. Man muss unterscheiden zwischen der Form der Empirie der europäischen Stadt und der Normativität der Stadt. Was für eine Stadt wünschen wir uns? Auf welcher Basis von Werten und Normen wünschen wir uns diese Stadt? Um das explizit zu machen lautet meine These: Allen ist – das zeigt die Heftigkeit der Auseinandersetzung – bei dem Begriff Urbanität eigentlich klar, wovon sie reden. Nämlich von der urbanen als der guten, angemessenen, wünschbaren, alles in allem also lebenswerten Stadt. Deswegen sollte man Urbanität definieren als die Normativität der Stadt.

Wenn hierüber Konsens erlangt werden kann, dann sind die Meinungsverschiedenheiten nicht Meinungsverschiedenheiten der Empirie im Sinne der nur perspektivisch zu beantwortenden Frage nach den Unterschieden zwischen der europäischen oder nordeuropäischen oder dem Idealbild des norditalienischen Lucca und Siena als dem Paradies der Städteplanung und allen anderen Städten der Welt. Vielmehr reden wir dann von einem normativen Begriff der Stadt, wobei wir unterschiedlicher Meinung darüber sind, welches die angemessenen Kriterien hierfür sein sollen. Dadurch sind wir in der Lage, uns zu streiten, ohne uns in Begrifflichkeiten zu verlieren. Wenn von Normativität der Stadt die Rede ist, geht es um die Ethik der gebauten Umwelt, jedenfalls unter den Bedingungen

einer städtischen Lebensform. Dabei stellt sich die Frage nach Normativität an sich, die sich als vom Menschen gesetzte Kultivierung von Freiheit gegenüber dem naturgegebenen, physisch restringierten Dasein verstehen lässt. Schon in der Antike wurde die Frage, wie sich diese Lebensbedingungen in der Stadt und in den verschiedenen Lebensbereichen verhalten, diskutiert. Dabei lässt sich heute die Normativität der Stadt nicht vollständig utilitaristisch fassen. Utilitaristische Konzeptionen würden explizieren, unter welchen Bedingungen die Stadt nützlich ist – nützlich hierbei verstanden im Sinne von nützlich für dieses oder für jenes. Die dabei erforderlichen Nutzenaggregationen mögen vielleicht gut in die zunehmende Ökonomisierung unserer stadtpolitischen Diskurse passen, sie sind jedoch aus vier Gründen falsch.

**„Wenn von Normativität der Stadt die Rede ist, geht es um die Ethik der gebauten Umwelt, jedenfalls unter den Bedingungen einer städtischen Lebensform.“**

<sup>1</sup> Wir danken Frau Mara-Daria Cojocaru für die redaktionelle Bearbeitung der Tonbandabschrift des frei gehaltenen Vortrages vom 10.03. 2007 anlässlich des Symposiums zur Zukunft der Stadt in Bielefeld

<sup>2</sup> vgl. die Einführung von Susanne Tatje

Denn erstens sind wir als Individuen für unser eigenes Leben verantwortlich. Die Politik ist nicht dafür verantwortlich, Menschen glücklich zu machen. Die Politik ist lediglich dafür zuständig, Bedingungen herzustellen, die ein autonomes Leben als ein möglichst autarkes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Ob man etwas Gutes daraus macht oder etwas Schlechtes, liegt nicht mehr in der Verantwortung der Politik. Deswegen beginnt unsere Verfassung – wie alle Verfassungen westlicher Demokratien – mit der Auflistung der Grundrechte in Art. 1 bis 19, womit eine gute normative Grundlage einer politischen Verfassung gelegt ist, wenn es um Individuen und deren Autorschaft des eigenen Lebens gehen soll.

Zweitens aber sind wir Sozialwesen. Dies vor allem insofern, als wir mit anderen kooperieren. Kooperation setzt voraus, sich von seinem eigenen Interessenstandpunkt soweit zu distanzieren, dass man bereit ist, das zu tun was – unter der Bedingung, dass die anderen ihren Teil beitragen – zum gemeinsamen Wohl führt. Kooperation setzt hingegen nicht voraus, dass man seine Interessen vergisst. Aber sie setzt voraus, dass man als Einzelner die Interessen anderer wie die eigenen Interessen anerkennt und eine gemeinsame Praxis entwickelt.

Im dritten Grund, der gegen die utilitaristische Konzeption einer guten Stadt spricht, bündeln sich die Bedingungen von Identität. Wenn wir als Menschen über die Zeit integer bleiben wollen, werden wir erkennbar bestimmten Werten und Normen folgen und durch diese strukturiert sein. Das gilt für den Einzelnen wie für das Kollektiv und so ist eine soziale Gemeinschaft ohne bei allen Unterschieden verbindende Werte und Normen nicht vorstellbar. Einer der Irrtümer, die in einem Teil des liberalen oder liberalistischen Denkens verbreitet waren, ist, dass es auch ohne eine solche Grundstruktur ginge. Der Kommunitarismus – diese wichtige und durchaus ernstzunehmende Strömung des politischen Denkens – hat hieran Kritik geübt und darauf hingewiesen hat, dass so ein verkürztes Bild vom Menschen propagiert wird. Dazu gibt es beispielsweise empirische Untersuchungen für die USA, in denen deutlich wird, dass unter der Oberfläche von Konkurrenz und Macht und Individualität vollkommen andere

Werte in Erscheinung treten: Familienzusammenhalt, Solidarität, Gemeinschaft. Eine Gesellschaft, die diese zweite, tiefere Ebene systematisch missachtet, zieht, beispielsweise durch eine immer intensivere Mobilität – Mobilität in allen Formen: örtliche Mobilität, soziale Mobilität, familiäre Mobilität wie Scheidung, Wiederverheiratung – der Gesellschaft gewissermaßen den Boden unter den Füßen weg. Eine Gesellschaft, die diese Art Mobilmachung immer weiter ausbildet, wird sich am Ende nicht mehr auf Individuen stützen können, die Ich-stark sind, die ihr Leben selbstbestimmt leben und die sich als Autoren ihres Lebens fühlen, sondern die zunehmend als Getriebene erscheinen.

Viertens und letztens geht es um Vielfalt. Wir leben de facto in einer multikulturellen Gesellschaft. Dies nicht nur in dem Sinne, als dass heutzutage insbesondere in den Städten – in Berlin mit 13% übrigens zu einem weitaus geringeren Prozentsatz als in München mit 26% – Menschen mit soziologisch gesprochen „Migrationshintergrund“ in Deutschland leben. Wir leben auch in dem Sinne in einem multikulturellen Land, als dass die Trennung sozialer Schichten – Klassen würden Marxisten sagen – von Land und Stadt, von Stadtvierteln, von bestimmten Lebensentwürfen, die vorgegeben sind durch die Tradition, in der ich aufwache, so keinen Bestand mehr hat. Das heißt auch unter Ausgrenzung der Zuwanderung leben wir in einer multikulturellen Gesellschaft, da Menschen miteinander auskommen müssen, die vollkommen unterschiedliche Lebensentwürfe und Vorstellungen davon haben, was ein gutes Leben ausmacht oder wie man die Familie organisiert.

Es gibt also zusammenfassend vier Dimensionen einer guten Stadt: individuelle Rechte, Kooperation, Identität und Vielfalt in der Lebensweise. Letztere ist nur realisierbar auf der Basis der Norm gleicher Anerkennung und gleichen Respekts.

#### Aktuelle Herausforderungen

Im zweiten Schritt geht es mir darum, die aktuellen Herausforderungen der Stadt zu skizzieren. Erstens schwindet die politische Gestaltungskraft der Städte. Vor wenigen Jahren sah es sogar so aus, als ob mit dem Wegfall der Körperschaftssteuer und der damit zusammenhängenden Abnahme der Gewerbesteuererlöse, die Städte in eine derart anhaltende Finanzkrise geraten, dass die politische Gestaltungskraft praktisch gen Null gin-

ge. Dies hängt auch mit den Strukturen zusammen, die nicht so einfach veränderbar sind und mit dem hohen Anteil an festgelegten Mitteln, sowie mit dem zunehmenden Anteil der Etats für Schuldentilgung und Zinslasten.

Zweitens gehört zu den aktuellen Herausforderungen das, was in den urbanistischen Debatten gelegentlich als Erosion von Bürgerschaft bezeichnet wird. Die Zugehörigkeitsgefühle zur Stadt lösen sich auf und damit verschwindet die Bereitschaft der Bürger, sich politisch zu artikulieren oder sich an den Fragen der Stadtgestaltung zu beteiligen.

Die dritte Herausforderung stellt die zunehmende Standortkonkurrenz der Städte untereinander dar, die nicht nur auf die globale Ökonomisierung, sondern auch auf den lokalen, regionalen und nationalen Wettbewerb zurückzuführen ist.

Viertens ist das in meinen Augen als ökonomischer Marktradikalismus zu bezeichnende Vorgehen der Kommunen selbst zu kritisieren. Zwar kann beispielsweise die Einführung neuer Verwaltungspraxen wie etwa des New Public Managements dazu beitragen, dass die Transparenz der ökonomischen Transfers zunimmt. Gleichzeitig wird der Ansatz, alles als handelbares Wirtschaftsgut zu definieren – bis hin zur kulturellen Praxis der Kommunen – dazu führen, dass sich die Stadt überhaupt nicht mehr als politischer Ort versteht, sondern nur noch als ein Ort der Dienstleistung. Und das ist zu wenig.

Damit eng verbunden ist als fünfter Punkt das Versiegen der utopischen Potenziale von Politik generell zu nennen. Seit etwa 20 bis 25 Jahren ist ein Nachlassen der programmatischen und theoretischen Begleitung von Politik zu beobachten. Es gibt natürlich nach wie vor theoretische Diskurse, doch sind sie von der politischen Praxis abgekoppelter als je zuvor.

#### Ambivalenz der Utopie der Stadt

Nun gibt es – das ist das dritte hier in aller Kürze vorgetragene Argument – sicherlich eine Ambivalenz der utopischen Entwürfe der Politik und der utopischen Entwürfe von Stadt. Ich habe die Ergebnisse der von Ihnen geleiteten Arbeitsgruppe daraufhin angesehen und fand den pragmatischen Tenor sehr angenehm.<sup>3</sup> Sowohl die hysterische Attitüde als auch allzu hohe Erwartungen werden vermieden. Die eigentliche Ambivalenz der utopischen Entwürfe von Politik und der

utopischen Entwürfe von Stadt lässt sich folgendermaßen verstehen: Die Geschichte der Stadtutopien zeigt, dass hierbei das Geplante gegen das Gewordene gesetzt wird. Das Harmonische gegen das Konfliktträchtige. Das Kontrollierte gegen das Selbstbestimmte. Manche sagen, das habe einen platonischen Ursprung in dieser wunderbaren, wenn man so will, Stadtutopie (ich glaube übrigens nicht, dass es eine Stadtutopie ist, aber darüber gibt es einen gelehrten philosophischen Streit), nämlich die Politeia von Platon. Versteht man deren Botschaft aber verkürzt als die der Philosophen-Königs-Herrschaft, hat man an der falschen Stelle gekürzt. Die eigentliche Kurzfassung müsste die Stadt, die polis als Gemeinschaft der Bürgerschaft verständlich machen, die als eine durch sophrosyne zusammengehaltene Einheit auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnis nicht zu trennen ist. Das ist nicht Philosophie, wie wir sie heute kennen, sondern Philosophie ist Wissenschaft insgesamt. Und der Weg dorthin ist der umfassende Bildungsstaat. Jeder und Jede – revolutionärerweise auch Jede, vor 2500 Jahren – soll gleichen Zugang zu Bildungsangeboten haben. Schließlich kommt bei Platon sein inakzeptabler Glaube, dass in den Menschen vollkommen unterschiedliche Potenziale angelegt seien, die sie in drei Gruppen unterscheiden lassen. Dies jedoch nicht nach der Herkunft, nach Geburt, sondern nach dem Erfolg im Bildungswesen, der wiederum von dem durch die Natur recht definit in jedem einzelnen angelegten Potenzial abhängt. Die einen erweisen sich hierüber für die handwerklichen und körperlichen Aktivitäten, also für die Befriedigung von Bedürfnissen, als geeignet, während die anderen für dispositionelle Tätigkeiten wie Beamtenhaft und

<sup>3</sup> vgl. die Ergebnis-Dokumentation „Räume der Zukunft“ in der Reihe „Zukunft Stadt“, Heft 2

**„Es gibt also zusammenfassend vier Dimensionen einer guten Stadt: individuelle Rechte, Kooperation, Identität und Vielfalt in der Lebensweise.“**



Militärdienst vorgesehen sind. Die dritte Gruppe allein ist für die wissenschaftliche Erkenntnis und für die Umsetzung von wissenschaftlicher Erkenntnis in politisches Handeln gedacht. So die Konzeption von Platon und die Tatsache, dass in einigen Regionen Deutschlands das dreigliedrige Schulsystem so hartnäckig fortbesteht, hängt ein bisschen mit platonischer Anthropologie zusammen, wenn man sich die Geschichte anschaut. Übrigens hat Platon einen wunderbaren Dialog zum Ende seines Lebens geschrieben. Das ist – wie bei älteren Herren manchmal etwas ausholend und ausgreifend ausgefallen – der längste, mit Abstand der längste Dialog von Platon, der einzige Dialog, in dem sein verehrter Lehrer Sokrates nicht mehr auftritt, der sonst die Debatte führt, sondern drei

**„Das mit der besten Stadt funktioniert nicht und wir brauchen eine zweitbeste.“**

alte Herren sich wieder über die Stadt unterhalten und dort hat Platon offenbar eingesehen, dass das mit der besten Stadt, wie er sie in der Politeia beschrieben hat, nicht funktioniert und wir eine zweitbeste Stadt brauchen. Dass wir eine Stadt der Regeln brauchen, über die man sich verständigt und die dann gelten. Das ist die erste mir bekannte philosophische Konzeption des Rechts- und Verfassungsstaates, das sind die Nomoi, der letzte große Dialog von Platon.

ten, sondern Sittlichkeit, Ethos, Tradition und Ziviltheologie. Bei Aristoteles ist auch die Rede davon, dass jede Stadt eine Religion braucht, womit nicht die eine richtige, sondern eine für diese polis verbindliche Religion gemeint ist. Alle Bürger sollen verpflichtet sein, den Riten und Gebräuchen, die diese Religion tragen – wenn nötig unter strenger Bestrafung – Folge zu leisten. So hat jede Stadt, jede polis eine religiöse, rituelle Orientierung, die sie zusammenhält. Im Übrigen sind über 100 verschiedene Verfassungen und Verfasstheiten zulässig. Sehen wir, wie das so alles geht und dann entwickelt er bestimmte Beurteilungsmaßstäbe, aber hält sich sehr zurück mit utopischen Potenzialen. Ich dagegen glaube, dass ein wenig Platonismus nötig ist, da Aristotelismus allein zu kurz greift. Das Bescheiden auf das, was ist und wie es ist, ist es gut, scheint eine Haltung zu sein, die auch bei frustrierten Städteplanern immer mehr zunimmt, doch sie führt am Ende dazu, dass die Stadt nicht mehr gestaltet wird, sondern dass sie sich irgendwie und damit beliebig entwickelt. Mein Plädoyer geht dahin, die Utopie als normatives Potential in Ethik zu überführen, denn Utopie ist im Kern jeweils eine normative Konzeption. Eine genuin ethisch und anthropologisch fundierte Stadtutopie ist daher von Nöten. Vier Kriterien scheinen mir zentrale, ethische Kriterien von Urbanität als Inbegriff städtischer Normativität zu sein.

#### **Ethische Kriterien von Normativität**

Dabei handelt es sich erstens um die Idee des humanistischen Individualismus. Politik sollte die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Menschen ihr eigenes Leben, ihre eigenen Vorstellungen möglichst weitgehend realisieren können. Die Stadt ist wie schon erwähnt nicht für das Glück der Bürger verantwortlich. Die Stadt ist für die Bedingungen zuständig, die ein gelungenes Leben für jeden und jede, soweit es unter allen Abhängigkeiten denk- und wünschbar ist, ermöglichen. Dieser humanistische Individualismus unterscheidet sich aufs deutlichste von einem ökonomischen Individualismus, der Menschen nur als Konsumenten und Produzenten kennt, die Güter nachfragen oder sie produzieren. Diese Vorstellung von Individualismus ist an bestimmte Werte und Normen, die dem Leben erst Sinn und Inhalt geben, gebunden. Natürlich spielen hierbei Wirtschaftsgüter eine Rolle, doch diese originären Werte lassen sich nicht monetär gegenrechnen.

Zweitens ist eine Stadt ein System der institutionellen Stützung von Netzwerken der Kooperation.

Die Stadt hat die Aufgabe, die generelle Kooperationsbereitschaft der Menschen über zivilgesellschaftliche Anknüpfungspunkte zu stabilisieren, ihr Form und auch über die Zeit Kontinuität zu geben, sie zu erleichtern und zu fördern. Manchmal wird das unter dem Terminus Aktivierung der Bürgergesellschaft oder aktivierende Politik der Zivilgesellschaft bezeichnet. Nirgendwo sonst gibt es einen so engen Zusammenhang zwischen staatlichem Handeln und zivilgesellschaftlichem Engagement wie in der Stadt. Nur in der unmittelbaren Berührung von Zivilgesellschaft und dem staatlichem Handeln vor Ort ist diese Schnittstelle gegeben.

Drittens stellt sich die Frage, was Identität als Kriterium von Urbanität bedeutet. Unter anderem ist damit die kulturelle und historische Präsenz der Stadtgeschichte und – hier unterscheide ich mich von den meisten Urbanisten der Gegenwart – der Stadtgeschichte in toto gemeint. Es macht keinen Sinn zwischen den Relikten der feudalen Kultur und einer genuin bürgerlichen Kultur zu unterscheiden. Erstere spielte für die Kultur- und Kunstentwicklung in Deutschland eine ganz zentrale Rolle, wo – als verspätete Demokratie und Nationalstaat gleichermaßen – die Konkurrenz um kulturelle Leistungen, um Kunst und Geschichte und Wissenschaft, in den deutschen Fürstentümern insbesondere im 19. Jahrhundert ein ganz zentrales Movens darstellte. Die demokratische Stadt und der demokratische Staat zehren von den Leistungen dieser Art von Spät-Feudalismus und es würde überhaupt keinen Sinn machen den Bürgern zu suggerieren „Das ist nicht euers, sondern euers sind nur die Symbole und Gebäude, die einen genuin bürgerlichen Hintergrund haben!“

Viertens und letztens erwächst aus dem schon eingeführten Begriff der Vielfalt, das Postulat der Toleranz aus Respekt.<sup>4</sup> Multikulturalität ist dann möglich, wenn man sie inklusiv, das heißt auf der Basis gleicher Anerkennung, versteht und das betrifft natürlich auch das Verhältnis der Generationen zueinander.

#### **Konkretisierungen**

Konkret wird dieses normative Arrangement in weiteren fünf Schritten. Dabei ist die erste Konkretisierung unter den veränderten ökonomischen, sozialen, demographischen Rahmenbedingungen „die Stadt im Gleichgewicht“. Diese Idee eines dynamischen Gleichgewichts gilt übrigens nicht nur für die Stadt, sondern für den Staat

insgesamt. So scheint mir die jetzt wieder in einer erstaunlichen Naivität um sich greifende Orientierung an ein möglichst hohes und nicht näher qualifiziertes Wirtschaftswachstum ein gefährlicher Rückfall des politischen Denkens zu sein, der in allen Parteien zu beobachten ist. Dynamisches Gleichgewicht heißt in Anlehnung an Platon, dass ein Ideal wieder rehabilitiert wird, welches auf Autarkie, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit setzt und nicht auf Expansion. Es scheint wenig Sinn zu machen, den Bürgern heute zu versprechen, es gebe ein zurück zu den Wachstumsraten der fünfziger und sechziger Jahre. Wachstumsraten wie in China und Shanghai sind hierzulande schon wegen der demographischen Entwicklung undenkbar, aber auch nicht wünschbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das dortige Bruttoinlandsprodukt pro Kopf maximal im Vergleich zu Deutschland ein Zwanzigstel ist. Das entspräche in Bezug auf die Kaufkraft Verhältnissen aus dem endenden 18., beginnenden 19. Jahrhundert. Zu dieser Zeit gab es ganz ähnliche Phänomene in Deutschland: extreme Wachstumsraten, extreme Kapitalakkumulation, extreme Verstädterung usw. Vielleicht wollen manche ins späte 18. beziehungsweise mittlere 19. Jahrhundert zurück, wenn sie empfehlen, dass wir die Löhne an die internationale Konkurrenz anpassen und entsprechend uns auf den globalen Markt der Arbeitsmigranten einstellen sollten. Dies kann nicht wirklich eine politische Option sein. Schlussendlich wird es in China nicht bis zum Jahr 2070 so weitergehen. In unserer Gesellschaft wird die alte Wachstumsorientierung nur politische Frustration auslösen. Insgesamt ist der erreichte Stand an ökonomischem Wohlstand ausreichend. Wenn richtig verteilt, ohne weitere Lohn- und Gehaltsspreizungen und Vermögenskonzentrationen, dann ist er ausreichend, um allen ein anständiges Leben zu ermöglichen. Das Problem ist vielmehr die Exklusionstendenz, die unsere Gesellschaft gegenwärtig ausweist und Teile der Bevölkerung von Bildung und Teilhabe ausgrenzt.

Dieses alte, gewissermaßen platonische Ideal der Stadt im Gleichgewicht gilt es also als Zukunftsaufgabe zu begreifen. Platon kritisierte seine Heimatstadt Athen, dass sie glaubte nur dann überhaupt bestehen zu können, wenn sie permanent expandierte, ihre Einflusszonen erweiterte und sich neue Territorien untertänig machte. Darin

**„Wachstumsraten wie in China und Shanghai sind hierzulande schon wegen der demographischen Entwicklung undenkbar.“**



Seither tobt eine Auseinandersetzung zwischen Platonismus – demzufolge eine Idealstadt bzw. ein Idealstaat, wissenschaftlich konzipiert, rational durchkonstruiert, mit Mathematik als einer wichtigen Grundorientierung und Grundfähigkeit möglich ist – und Aristotelismus – also der Lehre seines 40 Jahre jüngeren Schülers Aristoteles – bis heute. Aristoteliker sagen: Schauen wir auf die Vielfalt. Erfahrungsgesättigte Lebensklugheit ist hier anstelle von Wissenschaft maßgeblich. Letztere ist in der Politik nicht vonnö-

<sup>4</sup> vgl. Nida-Rümelin, Julian: *Humanismus als Leitkultur*, München: C.H.Beck 2006



verglich er sie mit der menschlichen Entwicklung. Der Mensch ist in einer bestimmten jugendlichen Phase in einem Maße expansiv, das nicht ein Leben lang so andauern kann. Irgendwann muss – ich verwende jetzt nicht platonische Begrifflichkeiten – der Mensch zu sich selbst kommen, die Mitte seines eigenen Lebens finden und damit auch diese Abhängigkeit von permanenter Expansion ablegen.

In einer Stadt im Gleichgewicht muss folglich das gute Leben möglich sein. Was aber macht ein gutes Leben aus? Ein gelungenes Leben? Nun für Verschiedene sehr Verschiedenes, zweifellos, doch sollte sich über drei Eigenschaften Konsens erreichen lassen. Nämlich einmal über die Erfahrung von Freiheit, von Autorschaft, von Autarkie. Zweitens über die Erfahrung gleicher Anerkennung, gleichen Respekts und drittens über die Erfahrung von sozialer Gemeinschaft. Das scheinen mir die wichtigsten Voraussetzungen dafür zu sein, dass jeder einzelne – Stichwort humanistischer Individualismus – ein gutes Leben in der Stadt realisieren kann.

Die Stadt der Vielfalt schließlich heißt wie gesagt nicht nur kulturelle Vielfalt im engeren Sinn, sondern auch Vielfalt der Lebensformen, unter anderem auch Vielfalt der in ihren Lebensaltern unterschiedlich verankerten Lebensformen. Die Eigendynamik der Stadtentwicklung scheint

**„Das alte, gewissermaßen platonische Ideal der Stadt im Gleichgewicht gilt es als Zukunftsaufgabe zu begreifen.“**

nicht einfach Ausdruck bestehender Interessenslagen zu sein, sondern auch Ausdruck der realen Bedingungen unter denen man die eigenen Vorstellungen realisieren kann. Merkwürdigerweise entsteht gerade in den Not- und in den „premium“-Lagen der Gesellschaft – also dort, wo wirkliche Not und dort wo gar keine Not ist, weil ökonomische Mittel ausreichend zur Verfügung stehen – wieder so etwas wie eine Drei-beziehungsweise Vier-Generationensolidarität. So haben zum Beispiel

junge Frauen mit Kindern ohne (verlässlichen) Mann sehr häufig wieder die Unterstützung ihrer Mütter. Manche dieser Mütter sind noch berufstätig, manche sind es nicht mehr. In den „premium“-Lagen der Gesellschaft ist dies natürlich sehr viel leichter zu realisieren und sehr häufig werden dort Formen des Zusammenlebens gefunden, in denen die Familie – räumlich nicht mehr so beengt – wieder zusammen ist. Es ist ein Gerücht, dass unsere Gesellschaft die Pflegebedürftigen ins Heim abschiebt. Wäre dem so, hätten wir schon längst einen totalen Zusammenbruch aller sozialen Sicherungssysteme erlebt. Meistens sind es die Töchter und Schwiegertöchter – weniger die Söhne und Schwiegersöhne – die einen Gutteil des Pflegebedarfs in der Gesellschaft selbst in die Hand nehmen oder die Pflegebedürftigkeit hinauszögern, welche schon längst eingetreten wäre, wenn es nicht diese in der Familie selbst organisierte Mehr-Generationensolidarität gäbe.

Es gibt in diesem Zusammenhang eine Demographie-Hysterie. Der von mir sehr geschätzte Helmut Schmidt hat zu verantworten, dass über Demographie damals politisch nicht verhandelt wurde. Schon in den siebziger Jahren waren alle Fakten bekannt, aber – aus nach der NS-Vergangenheit verstehbaren Gründen – galt das dictum, dass dies nicht Thema der Politik sein dürfe, um sich jedes Verdachts von Geburtenförderungspolitik zu entziehen. Es hätte jedoch Möglichkeiten gegeben, die damaligen Erkenntnisse in einer angemessenen Form frühzeitig zu berücksichtigen. Zu der heutigen Alters- oder Demographiehysterie gehört die nahezu überall unterdessen nachlesbare – in einem Buch eines bedeutenden Herausgebers einer bedeutenden Tageszeitung besonders deutlich herausgearbeitete – Auffassung, es sei etwas historisch Neues, dass der Mensch älter würde als 40 Jahre. Der historisch etwas Beschlagene macht sich kundig und erfährt, dass beispielsweise Sokrates mit Ende 80 eine panhellenische Bewegung in Griechenland begründet hat. Thomas Hobbes hat mit Ende 80, Anfang 90 als Übersetzer Gewaltiges geleistet. Man ist dann geneigt, dies für die berühmten Ausnahmen von der Regel zu halten, aber es gibt einen Spruch aus der Zeit des Mittelalters, der durchaus andere Vermutungen zulässt: „Ein Zaun lebt drei Jahre, ein Hund lebt drei Zäune, ein Pferd lebt drei Hunde, ein Mensch lebt drei Pferde“. Damit wäre 81 das allgemein angenommene Lebensalter eines mittelalterlichen Menschen.

Wenn allerdings in einer Gesellschaft die durchschnittliche Lebenserwartung bei vernachlässigbarer Kindersterblichkeit 60 Jahre beträgt und die Kindersterblichkeit mit einem Mal auf 50% im ersten Lebensjahr anschnellt, sich hingegen an der Lebenserwartung selbst nichts ändert, bedeutet dies für die durchschnittliche Lebenserwartung, dass sie statt von 60 auf nur mehr 30 Jahre absinkt. De facto ist es augenscheinlich so, dass die Menschen nicht wegen der medizinischen Apparate so alt werden, sondern dass hochgradig differenzierte Medizin am Lebensende oft wirksam eingreift, die das Leben – manchmal mit hoher Qualität, manchmal mit geringer Qualität – noch einmal verlängern kann. Ursächlich für das Gros der gestiegenen Lebenserwartung kann sie hingegen nicht sein. Seuchen existieren nicht mehr, Kindersterblichkeit und Kindbettsterblichkeit der Mütter sind beide dramatisch zurückgegangen. Aus den Statistiken über das 17., 18., 19. Jahrhundert lässt sich schließen, dass viele Männer im Laufe ihres Lebens nicht deshalb vier Mal geheiratet haben, weil sie sich haben scheiden lassen, sondern weil die Mütter im Kindbett gestorben sind. Folglich waren dies die Hauptursachen für die niedrige Lebenserwartung und nicht die Schirmmacher These, dass der Mensch mit 40 eigentlich schon ein physisches Wrack sei und es von der Natur nicht vorgesehen, überhaupt länger zu leben.

Sich hierüber Klarheit zu verschaffen, trüge dazu bei, auf eine für alle Seiten vorteilhafte und mitnichten romantisierende Art und Weise mit den Alten zu rechnen. In traditionellen Kulturen beispielsweise, in denen die Medizin noch nicht hoch entwickelt ist, existiert eine auch uns nicht unvertraute Tradition des Respekts gegenüber den Alten. In der Kritik an Frau Ministerin von der Leyen, die sich für einen Ersatz für Großfamilien in Form von Ganztagsbetreuung ausgesprochen hatte, wurde ihr entgegengehalten, dass dies Romantik wäre und die Großfamilie selbst in dieser Form historisch nie existiert habe. Um dem zu widersprechen muss nicht erst das Geschichtsbuch bemüht werden, sondern es reicht, in andere Länder zu reisen. Brasilien beispielsweise ist ein relativ modernes Land, wo sich meist mehrere Frauen für die Kinder verantwortlich fühlen und wo es regelrecht zu Fürsorgekämpfen mit den lieben Tanten kommen kann, wenn es darum geht, als Mutter die eigenen Kinder auch selbst mal wieder unter die Fittiche nehmen zu können. Der andere Vorteil ist weniger funktionaler, (also

dass die Kinder versorgt werden), als vielmehr qualitativer Natur, also auf welche Art und Weise sie versorgt werden. Es gibt unterdessen neurophysiologische Untersuchungen, die zeigen, dass die sprachliche Fähigkeit bis ins hohe Alter zunimmt. Das macht sich in dieser wunderbaren Fähigkeit älterer Leute, Geschichten zu erzählen, bemerkbar und ist für Kinder ungemein wichtig. Zudem sind die Älteren ungemein entspannter, verlangen nicht so viel und sind nicht so streng. Diese Art von Entspannung für die kindliche Lebenswelt halte ich für unverzichtbar.

Neben der sozialen Bedeutung einer guten Stadt im Sinne eines guten Sozialgefüges spielt die kulturelle Dimension der guten Stadt, in der Urbanität in diesem ethisch/anthropologischen Dimension realisiert ist, für Urbanität eine zentrale Rolle. Dies nicht nur in der Präsenz der Stadtgeschichte sondern beispielsweise darin, dass Denkmalschutz auf keinen Fall weiterhin als Bauhülenschutz verstanden werden sollte, um dann in diesen Fassaden irgendetwas anderes zu realisieren, was mit der bau-

**„Die historische Substanz der Kernstädte kann nur erhalten werden, wenn Wohnen, Arbeit, Kommerz, Freizeit und Kultur eine gute Mischung bilden.“**

lichen Substanz nichts zu tun hat. Die historische Substanz gerade der Kernstädte kann nur erhalten werden, wenn dort Wohnen, Arbeit, Kommerz, Freizeit und Kultur eine gute Mischung bilden. Die historischen, um nicht zu sagen historisierenden, musealisierten Fassaden der sorgsam renovierten Altstädte nur mehr für Tourismus und Kommerz, nicht mehr als Lebensraum zu nutzen, ist der falsche Weg, um die historische Substanz der Stadt und damit einen wesentlichen Teil unserer bürgerschaftlichen Identitäten zu sichern. Kunst und Kultur verstehe ich daher im Kern als ein öffentliches Gut, an dem alle partizipieren, auch diejenigen, die nicht als Nachfrager in Erscheinung treten. Zürich ist ein vielleicht passendes Beispiel: Zürich – als eine der Legende nach von calvinistischem Kaufmannsgeist beseelte Stadt – hatte eine leichtfertige Intendanten-Entscheidung getroffen, indem sie Christoph Marthaler berufen hatte. Im Gegensatz zu rechtschaffenen anderen Intendanten hat er mit dem Etat massive Schwierigkeiten gehabt und mit der Art der Programmgestaltung noch dazu, denn die Auslastung war nicht entsprechend. Man geht davon aus, dass in der Schweiz derartiges notfalls über einen Volksentscheid geregelt würde. Diesen gab es auch und das Ergebnis war, dass Marthaler



bleiben und mehr Geld bekommen solle. Es kann nicht sein, dass das nur diejenigen waren, die regelmäßig ins Theater gehen, sondern hier zeigt sich eine Identifikation der Bürgerschaft mit ihrem Theater, selbst wenn der Einzelne das letzte Mal

vor drei Jahren in diesem Theater war. Die Identifikation mit den kulturellen Leistungen, den kulturellen Orten

– womit nicht nur Orte der Erinnerung sondern Orte der aktuellen Kunstpraxis gemeint sind – ist ganz wesentlich für die Identität einer Stadt.

Schließlich scheint es mir nicht zielführend zu sein, sich darauf zu verlassen, dass Menschen Interessen haben und schon wissen werden, wie sie diese Interessen jeweils realisieren. Der tiefere Grund hierfür ist, dass diese Form des um sich greifenden Marktradikalismus einer gefährlichen Illusion – wenn nicht sogar auch einer Utopie – anhängt, denn das Ergebnis je individuell rationalen Handelns führt nicht zwingend zu einem Ergebnis, welches die Menschen insgesamt befürworten. So gibt es beispielsweise Umfragen in den USA, wo die Städte sehr stark ethnisch segregiert sind, die zeigen, dass viele Stadtbewohner in den Großstädten, befragt, in welchem Stadtviertel sie am liebsten wohnen möchten antworten: „Ich lebe am liebsten in einer Stadt, mit 55% Anteil meiner Ethnie.“ Genau das ist der Median der Befragung, also gleich viele höhere und gleich viele tiefere Angaben. Wenn jeder je individuell nach einem Stadtviertel suchte mit 55% Mindestanteil der eigenen Ethnie, dann würde das zu ethnisch homogenen Stadtvierteln

führen. Vor die Wahl gestellt, in einem Stadtviertel mit 45% oder 55% zu leben, entscheiden sich die meisten für ein Stadtviertel mit 55%. Obwohl die Bereitschaft da ist, in multikulturellen Umgebungen zu leben, schlägt sich dies durch die individuelle Auswahl des Wohnortes nicht nieder. Die Stadt aber kann hier über soziale und städtische Wohnbaugesellschaften steuern und eingreifen, denn es scheint ein legitimes Ziel einer Stadt zu sein, keine Parallelgesellschaften zuzulassen, oder jedenfalls zu versuchen, dass die Bürgerschaft insgesamt in Erscheinung tritt, auch in der Form, dass jeder und jede gezwungen ist, sich mit der multikulturellen Zusammensetzung der jeweiligen Stadtgesellschaft auseinanderzusetzen. Um Brücken zwischen den Kulturen zu schlagen, sollte deshalb nicht zu viel Identitätspolitik betrieben werden. Dies geschieht mitunter unbeabsichtigt, und als ich beispielsweise Gastprofessor in Minnesota war, sollte ich auf einem Zettel ankreuzen, zu welcher Gruppe ich gehöre. Obschon ich leidlich Englisch spreche, war mir nicht klar, wo ich mein Kreuz zu machen hatte. Es fanden sich Angebote wie Afroamerican, Hispanics, usw. Caucasian wäre meine richtige Zuordnung gewesen. Ein Einwanderer mit einer Urgroßmutter aus Madrid kann also Hispanic ankreuzen. Ein Einwanderer aus Sizilien hingegen hat Pech, da diese Gruppe nämlich nicht im Minderheitenschutzprogramm der Universität von Minnesota vorgesehen ist. Die Folge ist – so folkloristisch das sein mag – dass die Individuen geradezu gezwungen werden, sich über diese Zugehörigkeiten zu definieren. Angenommen der eine Elternteil ist dies und der andere Teil ist jenes, muss sich das Individuum in einer solchen Erhebungssituation exklusiv definieren. Die Kriterien mögen dann nicht mehr Gefühle der echten Verbundenheit oder ein sonst wie geartetes Herkunftsbewusstsein sein, sondern die jeweiligen Angebote, die von Minderheitenprogrammen gemacht werden. Dies führt schlussendlich zu einer Gesellschaft, in der die Repräsentanten der jeweiligen ethnischen, religiösen oder lokalen Gruppen auftreten und der Staat und die Stadt nur noch als eine Art modus vivendi des Interessenausgleichs zwischen Gruppen verstanden wird. Nachdem dies eine Verletzung des von mir als Humanistischer Realismus bezeichneten Prinzips wäre, muss die Stadt gestalten. Sie darf sich nicht darauf verlassen, dass die rationale Interessenwahrnehmung der einzelnen Individuen zu einer humanen, zu einer lebenswerten und guten, kurz zu einer Stadt der Urbanität führt. Dankeschön.<sup>5</sup>

**„Die Identifikation mit den kulturellen Orten ist wesentlich für die Identität einer Stadt.“**

<sup>5</sup> Wer sich für die diesem Vortrag zugrundeliegenden philosophischen Überlegungen interessiert, kann auf folgende Buchpublikationen des Referenten verwiesen werden: Nida-Rümelin, Julian: *Humanismus als Leitkultur*, München: C.H.Beck 2006, ders.: *Über menschliche Freiheit*, Stuttgart: Reclam 2005, ders.: *Demokratie und Wahrheit. Vier Kapitel zum Verhältnis philosophischer und politischer Vernunft*, München: C.H.Beck 2006

## Die Stadt neu denken

### Gesprächsrunde zum Thema „Zukunft Stadt“

**Schrumpfung, Überalterung, Ghettobildung – der demographische Wandel stellt Städte vor neue Herausforderungen. Im Anschluss an den Festvortrag von Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin diskutierten fünf Expertinnen und Experten im Bielefelder Stadttheater über die Zukunft der Städte. Moderiert wurde das Gespräch von dem Journalisten Reinhard Hübsch vom Südwestfunk in Baden-Baden. Auszüge aus der Diskussion:**



**Reinhard Hübsch:** Ich heiße Sie herzlich willkommen. Nach diesem interessanten Vortrag hoffe ich, dass wir in der Diskussion einige Aspekte aufgreifen können, die sich unter der Formel „weniger, bunter, älter“ konzentrieren sollten. Also wir werden weniger durch Bevölkerungsrückgang, wir werden älter im Durchschnitt und wir haben mehr Migrantinnen und Migranten in der Bevölkerung. Doch bevor wir diese Teilaspekte diskutieren, möchte ich Ihnen das Wort geben: Was war für Sie die wichtigste These?

**Maria Dietzel-Papakyriakou:** Was in der Stadt zurzeit stattfindet, ist sehr interessant. Wir werden sehr bunt, sehr heterogen. Sie haben zum Schluss gesagt, Sie wollen keine Parallelgesellschaften, aber es bilden sich schon parallele Gesellschaften. Es wird Inseln geben, es gibt sie schon. Aber man kann auch über Inseln Brücken schlagen.

**Hübsch:** Ich nenne es mal zugespitzt Alten-Ghettos, Türkenviertel. Wie können solche Brücken aussehen unter städteplanerischer, politischer Verantwortung?

**Dietzel-Papakyriakou:** Wir müssen die Mobilität derjenigen, die insularisch leben fördern. Bildung ist eine Möglichkeit. Natürlich kann man

eine Stadt auch materiell gestalten, in dem man Orte organisiert. Raum nimmt Einfluss auf soziale Beziehungen. Wichtig ist, dass wir die Mobilität des Individuums fördern und damit seinen sozialen Aufstieg und die Möglichkeit, sein Leben bewusst und flexibel zu organisieren.

**Walter Prigge:** Lassen Sie uns auch reden von Inseln des Reichtums. Der Reichtum hat uns vorgemacht, wie man eine Insel bildet, nämlich durch gated communities, man errichtet Zäune. Die Verinselung ist eine sehr starke gesellschaftliche Strömung, die alle sozialen Gruppen betrifft. Zweitens müssen wir sagen, dass ein großes Prinzip der Moderne zu Ende ist, nämlich die Gleichheit im Raum. Wir haben immer über die Fläche einer ganzen Stadt oder einer ganzen Nation versucht, gleichwertige Räume herzustellen. Diese Vorstellung geben wir zurzeit auf, weil wir sehen, dass die Konkurrenz zwischen den Räumen vielleicht sogar ein produktives Prinzip ist. Und drittens leben wir in einer globalen Welt, die nicht mehr durch ihre geographische Nachbarschaft konstruiert ist. Das heißt, ich kann Nachbar von einem sein, aber weiß von ihm gar nichts mehr, denn ich lebe in einer ganz anderen Welt. Und genauso wie wir sagen würden,

von links nach rechts:  
**Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin**, Staatsminister a.D., lehrt Politische Theorie und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München  
**Prof. Dr. Maria Dietzel-Papakyriakou**, Soziologin, lehrt an der Universität Duisburg-Essen, und ist Mitglied der Sachverständigenkommission zum 5. Altenbericht der Bundesregierung  
**Reinhard Hübsch**  
**Marie-Luise Tolle**, Senatsdirektorin, Abteilungsleiterin in der Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg  
**Norbert F. Pötzel**, stellv. Ressortleiter Sonderthemen beim Spiegel in Hamburg  
**Dr. habil. Walter Prigge** von der Stiftung Bauhaus Dessau



wir haben den Modernisierungsprozess der letzten 150 Jahre nicht planen können, so können wir auch den Schrumpfungsprozess, der sich unter anderem in diesem Verinselungsprozess ausdrückt, nicht in den Griff bekommen und

planen. Allerdings fehlt mir ein Begriff: die Überflüssigkeit. Schrumpfung macht überflüssig. Ich glaube, das ist das Grundproblem. Es ist nicht das Problem der Demographie, schauen Sie sich allein Dänemark an, was das ökonomisch und kulturell auf die Beine bringt. Es ist völlig falsch zu sagen, wir müssen unseren Stand der Bevölkerung halten. Wir können auch mit weniger Leuten eine Ökonomie aufrechterhalten und eine Gesellschaft bilden. Nur diese Gesellschaft hat sich fundamental geändert, und die Demographie verstärkt die ohnehin stattfindenden Erosions- und Transformationsprozesse. Es erzeugt Überflüssigkeiten. Wir haben durch diese Verinselung eine viel stärkere Polarisierung. Es gibt vielmehr Arme und vielmehr Reiche, die sich ausdifferenzieren. Die Mitte schwindet. Die Polarisierungen werden also größer, und was gutes Leben heißt, ist eben nicht mehr für alle realisierbar. Und es fehlt die Arbeit. Und weil keine Arbeit da ist, gibt es keine Nutzungen mehr von Räumen. Es werden Baulichkeiten überflüssig, es werden Räume überflüssig. Das führt auch dazu, dass wir die Verinselung im Raum viel stärker wahrnehmen. Wir müssen damit rechnen, dass unsere großen modernen Infrastrukturen nicht mehr zu halten sind, zum Beispiel flächendeckende Verkehrsinfrastrukturen. Daraus resultiert der entscheidende Punkt des Schrumpfens, dass wir Stadt anders denken müssen.

**Hübsch:** Der Stadtsoziologe Wolfgang Kill spricht nicht von überflüssig, sondern vom Luxus der Leere. Das heißt, es ist für Stadt und Stadtentwicklung eine Chance, wenn Freiflächen entstehen. Man kann so etwas bezeichnen als Brache, man kann so etwas aber auch zu einer Flaniermeile machen. Wir haben plötzlich Platz.

**Norbert F. Pötzl:** Ich denke, das ist eine Chance, denn alle Soziologen sagen: Es gibt einen Zug in die Stadt. Die Schrumpfung, die immer beschrieben wird, betrifft ja vor allem die ländlichen Regionen. Sie beginnt jetzt bereits im Osten, aber es gibt auch westdeutsche Gebiete, die sich ent-

leeren, die sich entvölkern. Aber der Trend geht in die Stadt. Und die Stadt bietet dann eine Vielfalt, nicht nur der Ethnien, sondern auch der Generationen. Herr Nida-Rümelin hat darauf hingewiesen, dass heute schon diese Mehrgenerationensolidarität besteht. Die wird sich dann kompakter in den urbanen Räumen darstellen, und ich glaube, das ist vor allem eine Chance für die Städte.

**Marie-Luise Tolle:** In Hamburg gab es eine Vision: Wie können wir die Stadt als Metropole nach vorne bringen? Die Bevölkerungszahl in Hamburg war dramatisch zurückgegangen. Sie lag bei 1,58 Millionen und ist jetzt wieder auf 1,75 Millionen angestiegen. Es ist erstaunlich viel passiert und ein Anlass war das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. Ziel ist es, junge Familien aus dem Speckgürtel herein zu holen nach Hamburg. Hinzu kommt die Umnutzung von Industrieflächen. Der Hafen war in Hamburg immer sakrosankt – in erster Linie als ökonomischer Faktor; aber die Stadt ist sich darüber klar geworden, welche riesigen städtebaulichen Chancen eine Metropole am Wasser hat. In unmittelbarer Nachbarschaft zur Innenstadt entsteht jetzt die Hafencity als neuer erweiterter innerstädtischer Bereich. Man spürt in Hamburg eine wirkliche Aufbruchstimmung. Politischer Gestaltungswille ist nötig. Das beste Beispiel ist die Elbphilharmonie. An der westlichen Spitze steht der Kaispeicher A von Werner Kallmorgen, ein ehemaliger Kakaospeicher, 37 Meter hoch. Darauf wird ein gläsernes Gebäude errichtet, eine große Philharmonie, ein neues Wahrzeichen für Hamburg. Man kann sagen, das ist Hochkultur, aber die Bürger identifizieren sich damit. Es ist kein elitärer Palast geplant, sondern es wird auch öffentliche Bereiche geben, zum Beispiel



eine Plaza, zu der jeder Zugang hat. Die Kosten sind veranschlagt mit 240 Millionen, davon trägt die Stadt 138 Millionen. 5.000 private Spender haben mit 64 Millionen Euro wesentlich zur Realisierung beigetragen. Wenn ein großes Magazin titelt „Boomtown Hamburg“, ist das eine gute Voraussetzung, um auch Firmen anzuziehen. Sie kennen alle den Begriff der „creative class“. Das sind die „high potentials“. Die Frage lautet: Wie kann ich sie für Hamburg gewinnen? Die Stadt ist grün, bietet sehr viel Kultur und hohe Lebensqualität. Und ich glaube diese Qualität muss hinzukommen zu ökonomischer Attraktivität, um eine Stadt als Standort und Metropole interessant zu machen.

**Hübsch:** Sie haben ein überzeugendes Plädoyer für Kultur gegeben. Aber die Oberbürgermeister haben Probleme in der Altenpolitik, in der Gesundheitspolitik, in der Sozialpolitik. Die Schulen in vielen Städten sind Großbaustellen. Er würde gerne im Theater den Etat verdoppeln, aber woher das Geld nehmen? Was tun?

**Julian Nida-Rümelin:** Zunächst muss auseinander gehalten werden, dass es einmal das demographische Problem gibt, also die Tatsache, dass für die Aufrechterhaltung derselben Zahl der Bevölkerung pro Mutter knapp über zwei Kinder geboren werden müssten, aber in Deutschland nur 1,3 Kinder pro Mutter geboren werden.

**Hübsch:** Lassen Sie mich eine Fußnote machen: ein vergleichbares Land wie Frankreich hat eine Geburtenrate von 2,1.

**Nida-Rümelin:** Sie nehmen mir ja gerade weg, was ich sagen will.

**Hübsch:** Entschuldigung.

**Nida-Rümelin:** Frankreich ist noch vor Irland und deutlich vor Schweden, das Land mit der

höchsten Kinderzahl, und das Interessante ist, wir haben in Frankreich in vielerlei Hinsicht eine uns sehr ähnliche Gesellschaft. Wir haben ungefähr gleich ausgebaute sozialstaatliche Sicherungen wie in Deutschland. Wir haben ähnliche Geschlechterverhältnisse. Nachdem in Deutschland der Feminismus stärker als in Frankreich als soziale Bewegung war, kann

es daran nicht liegen. Es liegt an dem schlichten Punkt, dass französische Mütter berufstätig sein dürfen. „Dürfen“ meine ich jetzt im moralischen Sinne und dürfen auch in dem rein realisierbaren Sinne. Es wird ihnen nicht vorgeworfen, wenn sie ganztags berufstätig sind, obwohl sie drei Kinder haben.

**Tolle:** Den Begriff der Rabenmutter gibt es nur in Deutschland.



**Nida-Rümelin:** Wenn wir es noch mal ein bisschen polarisieren: Es hat in Deutschland eine unheilige Allianz von einem Öko-Grünen Mutterkult und einem konservativen Mutterkult gegeben, der tiefe historische Wurzeln hat und bis ins 19. Jahrhundert zurückgeht, und das hat verheerende Auswirkung gehabt auf die Familienpolitik. Sollte es bei der Geburtenrate bleiben, geht die Bevölkerung pro Lebenszeit um ein Drittel zurück. Damit kann man sich ausrechnen: Sie geht gegen Null. Ich bin der letzte, der auf einmal in Hysterie ausbricht. Es macht überhaupt nichts, wenn wir nach einer Phase der Expansion – die wir ja über Jahrzehnte hin hatten – eine Phase des Rückgangs haben. Aber irgendwann muss diese Phase zum Stillstand kommen, und das heißt, es muss sich in der Familienpolitik langfristig etwas ändern. Also wenn es 50 Millionen oder 40 Millionen in Deutschland sind, dann ist das auch in Ordnung. Aber die Vorstellung, dass man den gesamten Verlust von einem Drittel pro Lebensalter durch Zuwanderung ausgleicht, ist natürlich unrealistisch. Wir reden jetzt interessanterweise von Zuwanderungsgesellschaft. Über alle Parteien hinweg ist das wieder Konsens. Wir sollen uns dazu bekennen, und interessanterweise ist jetzt, wo darüber geredet wird, der Saldo Null. Das heißt, es gehen ungefähr so viele weg wie hierher kommen.

**Hübsch:** Lassen Sie uns beim Schrumpfen bleiben. Herr Pötzl ...

**Pötzl:** Also ich wollte sagen: Es hat schon einen demographischen Anlass in Ostdeutschland...

**Nida-Rümelin:** Ja, weil da die Geburtenrate noch niedriger ist.

**Pötzl:** In den neunziger Jahren ist sie auf 0,5 Kinder pro Frau gesunken, und das wirkt sich jetzt natürlich aus. Die Abwanderung macht prozentual den geringeren Anteil aus ...

**Nida-Rümelin:** ... aber nicht in Halle ...

**Pötzl:** Nicht in Halle, das ist ja auch klar. Es ist doch so: Im Osten reduzieren sich oft Städte, ich meine jetzt auch nicht Halle, aber solche künstlichen Industriestädte, die in der DDR geschaffen worden sind wie Schwedt, die reduzieren sich wieder auf ihr Normalmaß. Die alte DDR-Industrie ist weggebrochen. Die Arbeiter, die aus Sachsen oder sonstwoher hingekarrt worden sind, die wandern jetzt wieder ab. Das ist sozusagen eine Normalisierung.

**Dietzel-Papakyriakou:** Deutschland hat noch eine besondere Komponente durch die Vereinigung des Landes, und es gibt noch weitere Prozesse. Nur soviel ist festzuhalten: Städte sind lebendige Organismen. Sie verändern sich stetig. Wir hatten Industrialisierungen und wir hatten Deindustrialisierungen. Das sehen wir auch in den USA: Es gibt ganze Städte, die ihre Funktion verlieren, weil Produktionsstätten verlagert wurden. Das ist etwas, was es schon immer gab. Nur seit der Aufklärung haben wir in Europa einen Anspruch, das nicht als Naturkatastrophe hinzunehmen. Und dieser Anspruch der Gestaltung steigert sich, weil die Menschen immer informierter werden und das reklamieren. Es gibt Utopie. Und die Utopien sind die Sehnsüchte der Menschen. Wie organisiert man Gesellschaft, die nicht so groß ist? Diese Schrumpfungprozesse sind gar nicht schlecht. Wir müssen gucken, dass

wir verdichten. Dass wir die Menschen zueinander bringen. Und da kann Stadt einschreiten oder intervenieren, indem Orte der Begegnung und des Lebens organisiert und verdichtet werden. Das hat Auswirkungen auf Städte, die explodiert sind. Wir haben viele Menschen, die in die Peripherie gegangen sind und die Frage ist, wie holt man sie zurück? Wenn wir tatsächlich so viele alte Menschen haben werden, brauchen wir Kleinräumlichkeit. Das brauchen wir auch für kleine Kinder. Wir müssen die Zeit der Stadt neu organisieren, das Tempo runter fahren.

**Prigge:** Ich kann daran anknüpfen. Was kann man gestalten? Ich glaube eine Antwort ist richtig: Dichte, die Stadt verdichten, die Leute wieder in die Stadt ziehen. Das macht die Stadt Hamburg, in dem sie sagt, wir bauen eine Ikone, die leuchtet sehr weit, also ziehen wir Leute hier rein. Das ist attraktiv, das ist gutes Marketing, das gehört heute in der Konkurrenz der Städte dazu. Aber wir haben auch die gegenteilige Entwicklung. Jede Stadt schrumpft und wächst zugleich. Ich denke, es geht wesentlich um eine Abwehrschlacht. Und zwar gerade an dem Punkt, wenn die Leute wieder zurückkommen in die Stadt. Was passiert dann? Diese Mittelschichten bringen ihre eigenen Lebensstile wieder mit zurück in die Stadt. Das ist eine Suburbanisierung der Innenstädte, und zwar in drei Elementen: Wir haben eine enorme Konzentration des Einzelhandels. Die Stadtstraßen mit den kleinen Geschäften gehen kaputt zugunsten der Zentralisierung, die Shopping Mall setzt sich durch. Zweitens: Wir haben überhaupt keine Probleme mehr damit, in der Nähe des Stadtzentrums Einfamilienhäuser zu bauen. Das findet im Moment in Leipzig statt, und zwar mitten in Gründerzeitvierteln werden Einfamilienhäuser gebaut. Und drittens haben wir in den letzten 20 bis 30 Jahren das Auto wieder als Kultgegenstand entdeckt. Das Auto als suburbanes Mobilitätsmittel ist wieder voll da. Diese drei Elemente, die gilt es im Moment zu bekämpfen. Denn die machen die europäische Urbanität kaputt.

**Hübsch:** Also ein Plädoyer für Urbanität: kein Einfamilienhaus, raus mit dem Autoverkehr aus den Städten und alles auf den öffentlichen Nahverkehr setzen. An einer Stelle möchte ich Widerspruch wagen: Die Alten, wie es sie vor 50 Jahren gab, gibt es nicht mehr. Wir haben in Berlin letztes Jahr ein Seniorenheim für Migrantinnen und Migranten eröffnet, weil sie andere kulturelle Kontexte haben und weil sie andere Ernährungs- und Lebensweisen haben.



**Tolle:** Viele alte Leute sind ja bis 80 völlig autark und können in ihrer eigenen Wohnung leben. Ein lebenswertes Leben heißt auch, dass man noch eine Aufgabe hat. Und wenn jemand heute mit 50 schon nicht mehr am Arbeitsprozess teilnehmen kann, müssen Kommunen für diese Menschen neue Aufgaben finden: Bürgerschaftliches Engagement zum Beispiel, übergreifende Konzepte. Von der Yehudi Menuhin Stiftung und dem Verein „Il canto del mondo“ gibt es ein Projekt, wo ältere Leute mit Kindern singen. Initiativen dieser Art sollten stärker gefördert werden. Ein ganz anderer Aspekt: Sie wissen, dass Überlebende des Holocaust in Schulen gehen, wo Kinder oft zum ersten Mal hautnah mit unserer jüngeren Geschichte in Berührung kommen (oral history). Das wäre auch ein Ansatz, zum Beispiel für ältere Migranten, in Schulen zu gehen und aus ihrem Leben zu berichten. Das fehlt uns. Um Trennung, Missverständnisse und Unkenntnis zu überwinden, sollten Erfahrungen ausgetauscht werden. So könnten ältere Migranten auch eine neue Sinnstiftung über Kulturen hinaus finden. Und für die Jüngeren und die Stadt stellt dieser Dialog eine Bereicherung dar.

**Dietzel-Papakyriakou:** Das wird es geben, aber dabei soll man auch gelten lassen: Es gibt Menschen, die einen Anspruch haben auf Rückzug. Wir sollen keinen zum Umgang mit anderen zwingen. In der Gesellschaft wird das sowieso nicht praktiziert. Wir sind sehr selektiv in unserem Umgang. Diese Vorstellung, dass jeder mit jedem umgeht, das war niemals wahr und das können wir auch nicht verlangen. Wir müssen zulassen, dass es auch sozial und kulturell homogene Räume gibt, ohne die sofort als Ghetto zu stigmatisieren.

**Nida-Rümelin:** Viele Menschen assoziieren mit Alter einfach bestimmte Merkmale wie Gebrech-

lichkeit, auch Langsamkeit, Pflegebedürftigkeit oder Krankenstand. Wenn man sich die Statistiken genauer ansieht, dann zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit für Pflegebedürftigkeit umso höher ist, je näher man ans Lebensende kommt und nicht an das Alter gebunden ist. Heute sind Menschen mit 70 Jahren in

der Regel fitter als im 19. Jahrhundert Menschen mit 60 Jahren, weil sie sich besser ernähren, bewegen und so weiter. Fast die Hälfte der Klinikkosten konzentriert sich auf die letzten zwei Wochen des Lebens. Man ist nicht automatisch krank, weil man älter ist. Natürlich wird man schwächer. Aber jetzt ist dieser Prozess eben hinausgezögert. Es gibt 60-Jährige, die sind noch Leistungssportler. Heute schwimmen die 60-Jährigen die Zeiten, die vor 20, 30 Jahren die 25-Jährigen geschwommen haben.

**Pötzl:** Ein 94-Jähriger hat vorletztes Jahr die 100 m in 20,3 Sekunden gesprintet<sup>1</sup>.

**Nida-Rümelin:** Das ist das Positive. Dass sich das



Sozialsystem so schwer tut, hängt mit bestimmten strukturellen Verfestigungen zusammen. Wenn man zum Beispiel vor 20, 30 Jahren folgendermaßen argumentiert hätte: Generationengerechtigkeit verlangt, dass man ungefähr den gleichen prozentualen Anteil des Lebens im Ruhestand - also durch Sozialtransfer finanziert - leben kann und wir hätten eine entsprechende mathematische Formel eingebaut, hätten wir dieses Problem überhaupt nie gehabt. Das ist doch ein

<sup>1</sup> Friedrich Mahlo, 1912 in Brandenburg geboren, siegte in der genannten Zeit 2004 in San Sebastian bei den Senioren-Weltmeisterschaften der Leichtathleten. Zehn Jahre davor, als 84-jähriger, schaffte er den Sprint sogar noch in 16,58 Sekunden! Er lebt seit 1951 in Erlangen.





Gerechtigkeitsaspekt, denn es macht doch einen Unterschied aus, ob ich noch fünf Jahre Lebenserwartung habe oder 17. Und die zweite Anmerkung. Es gibt unter Urbanisten gegenwärtig so einen Diskurs um die „Zwischenstadt“, ein wie mir scheint altes Thema, in dem alte Gartenstadtvorstellungen wieder auftauchen. So wird beispielsweise dem Ruhrgebiet aufgrund seiner nicht mit dem klassischen Stadtbild konformgehenden Ausdehnung in die Fläche jegliche urbane Qualität abgesprochen und die Qualität einer Zwischenstadt übersehen. So sind Natur und Siedlung miteinander verknüpft, es ist sehr grün und die kulturelle Infrastruktur ist extrem dicht, vielleicht die dichteste der Welt. Von München war noch nicht die Rede. In München ist ein massiver Trend von Grünwald, der „premium“-Lage, zurück in die Stadt. Dies ohne den Effekt, dass plötzlich 600 Meter vom Marienplatz entfernt Einfamilienhäuser gebaut werden. Die urbanen Lagen sind wieder beliebt. Das hat auch katastrophale Auswirkungen, zum Beispiel auf die Mietkosten in diesen Regionen, und ist damit für die Verdrängung von Studenten verantwortlich. Es ist nicht alles positiv, aber es gibt einen starken Trend zurück. Die Stadt München hat einen riesigen Erfolg bei der Integration. München ist die Stadt mit dem zweithöchsten Ausländeranteil der deutschen Großstädte. Knapp unter Frankfurt. Die Leute, die nach München kommen, sagen: Ihr habt doch einen geringen Ausländeranteil, oder? Das denken fast alle. Warum? Weil es durch eine zum Teil ganz harte Stadtpla-

nungslinie gelungen ist, auf den Flächen jeweils gemischte Nutzungen durchzusetzen. Dies gegen massive ökonomische Interessen. Zum Beispiel gibt es im sieben Kilometer langen und damit großen, innerstädtischen Planungsgebiet „Hauptbahnhof“ freifinanzierten Wohnungsbau, sozialen Wohnungsbau, gewerbliche Nutzung mit Natur und Erholung auf einem Gebiet, womit man sich gegen bestimmte ökonomische Interessen und Marktdynamiken wendet. Aber einmal durchgesetzt hat es eine sehr segensreiche Wirkung auf die Stadtgesellschaft, auf die urbane Qualität des Lebens.

**Prigge:** Ich würde auch nicht sagen, Alter ist das Problem. Sondern Altersarmut ist das Problem. Soziale Gruppen werden aus der Stadt exkludiert. Sie müssen rausgehen aus der Stadt, wenn sie eine bezahlbare Wohnung bekommen möchten. Das ist das Problem. Ich komme zwar aus der Extremsituation Ostdeutschland, aber der Westen bekommt diese Probleme genauso. Trotzdem würde ich sagen, Frau Tatje ist auf dem richtigen Wege mit diesem pragmatischen Ansatz. Gegenüber Ostdeutschland schrumpfen Sie auf einem Niveau, das wenig sichtbar ist. Aber Sie haben ein interessantes Viertel, was Sie da bearbeiten. Es ist viel bunter, die Leute werden nicht exkludiert, und es ist wahrscheinlich auch „älter“. Sie greifen richtig an mit Wohnungspolitik und Bildungspolitik. Sie sind auf dem richtigen Weg. Mehr kann man Ihnen eigentlich nicht empfehlen. Machen Sie so weiter.

**Hübsch:** Das lasse ich gerne als Schlusswort so stehen. Schöner kann eine Veranstaltung für eine Demographiebeauftragte der Stadt überhaupt nicht enden.

Samstag Nachmittag auf dem Sportplatz Königsbrügge: Die C- und D-Jugend kicken auf dem Bolzplatz, Freunde und Verwandte feuern die Spieler an, darunter viele Mädchen und Jungen ausländischer Herkunft. „Vor 15 Jahren wäre das noch anders gewesen“, begrüßt Karl-Wilhelm Schulze, Geschäftsführer vom Stadtsportbund, die Gruppe und ist gleich mitten drin im Thema. Wie verändert der demographische Wandel das Sportleben in Bielefeld? „Wir sind auf jeden Fall bunter geworden. Ohne Migration würden die Fußballvereine wohl die Hälfte der Mitglieder verlieren.“ In den anderen Sportarten spielen Migranten dagegen kaum eine Rolle, schränkt Schulze ein und fragt selbstkritisch: „138 Sportarten werden in Bielefeld angeboten. Wo bleibt da die Integration?“



### Station 1: „Wir werden weniger“ Königsbrügge | Auf dem Calvinenfeld „Roter Platz“



Der demographische Wandel – für viele Bürgerinnen und Bürger bleibt das ein sehr abstrakter Begriff. Wo zeigen sich Veränderungen im Stadtbild? Was bedeutet es, wenn wir weniger, älter und bunter werden? Bei einem demographischen Stadtrundgang haben rund 40 Frauen und Männer ganz praktische Antworten erhalten und ihre Stadt neu entdeckt. Nach einer kurzen Einführung im alten Rathaus durch die Demographiebeauftragte der Stadt, Susanne Tatje, und den Historiker Thomas Niekamp, ging es mit dem Bus los zu einem Streifzug quer durch Bielefeld.

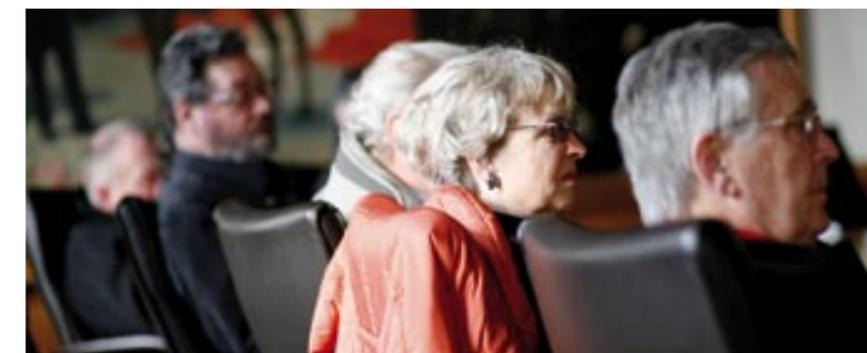
Der demographische Wandel – für viele Bürgerinnen und Bürger bleibt das ein sehr abstrakter Begriff. Wo zeigen sich Veränderungen im Stadtbild? Was bedeutet es, wenn wir weniger, älter und bunter werden? Bei einem demographischen Stadtrundgang haben rund 40 Frauen und Männer ganz praktische Antworten erhalten und ihre Stadt neu entdeckt. Nach einer kurzen Einführung im alten Rathaus durch die Demographiebeauftragte der Stadt, Susanne Tatje, und den Historiker Thomas Niekamp, ging es mit dem Bus los zu einem Streifzug quer durch Bielefeld.

## Die Stadt neu sehen Demographischer Stadtrundgang durch Bielefeld

Rund 83.000 Bielefelderinnen und Bielefelder sind in Sportvereinen organisiert, die größten Zuwächse gibt es in der Gruppe der über 60-Jährigen. Die Vereine reagieren – mit Angeboten für die Zielgruppe 50plus. „Nur für Oma Inge tust du nichts“, so hatte die Frau von Karl-Wilhelm Schulze ihren Gatten geärgert. Oma Inge ist 85 Jahre alt, ihre Knie sind kaputt, bei der Seniorengymnastik mit rüstigen Rentnern kann sie nicht mithalten. „Also habe ich in meinem Verein mal alle angeschrieben, die über 75 Jahre alt sind“, erzählt Karl-Wilhelm Schulze – und das waren weit über 100 Personen. Der Sportfunktionär erkannte schnell: Hier besteht Bedarf, neue Angebote zu entwickeln. Mittlerweile gibt es in seinem Verein, der Bielefelder Turngemeinde, ein Mobilitätstraining für Menschen jenseits der 60. Auch andere Vereine wie der TuS Ost haben sich auf älter werdende Mitglieder eingestellt, lobt Karl-Wilhelm Schulze. Für ihn steht fest: Sportvereine müssen Lebensbegleiter sein, vom Krabbelalter bis zum Lebensende, wo Kurse wie Rollator- oder Beweglichkeitstraining wichtig werden.



**„Ohne Migration würden die Fußballvereine wohl die Hälfte der Mitglieder verlieren“**





### Der demographische Wandel in Bielefeld

Die Prognosen für Bielefeld sehen im Vergleich mit anderen Städten, zum Beispiel zum Ruhrgebiet, günstiger aus. Dennoch gilt auch für Bielefeld: Wir werden weniger, älter und bunter. Im Jahr 2050 werden etwa 12 Prozent weniger Menschen in Bielefeld leben als heute, prognostizieren Wissenschaftler. Gleichzeitig wird sich der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung deutlich erhöhen, und auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird wie in anderen Städten steigen. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur werden Auswirkungen auf nahezu jeden städtischen Bereich haben, auf die Planung von Neubaugebieten ebenso wie auf Kinder- und Jugendarbeit oder Senioreneinrichtungen. Um den demographischen Wandel aktiv zu gestalten und ressortübergreifend zu begleiten, hat die Stadt Bielefeld 2004 – bundesweit einmalig – die Stelle einer Demographiebeauftragten eingerichtet. Unter anderem hat die Beauftragte Susanne Tatje ein Konzept „Demographischer Wandel als Chance?“ erarbeitet, das der Stadtrat Ende 2006 einstimmig beschlossen hat.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Das Konzept ist dokumentiert im Heft 3 der Reihe „Zukunft Stadt“

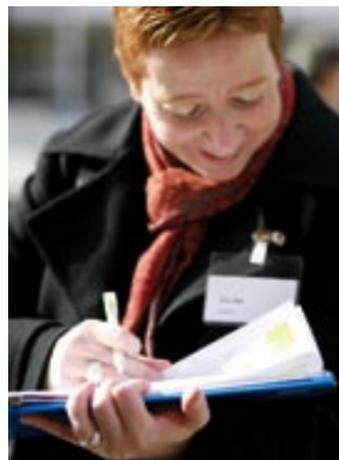
Ingo Kröpke, 47 Jahre alt, will es als erster wissen und zieht einen Spezialanzug mit schweren Gewichten an. Dann setzt er eine Brille auf, die sein Gesichtsfeld einschränkt und streift Handschuhe mit Versteifungen über, so dass seine Fingerspitzen gefühllos sind. So wird er sich möglicherweise mit 77 Jahren fühlen, erklärt ihm Klaus Kugler-Schuckmann und Wolf-Eberhard Becker vom städtischen Umweltbetrieb (UWB) und geben der Versuchsperson

„Tooor.“ Noch immer kicken die Jugendlichen auf dem Sportplatz, der von Genossenschaftshäusern umgeben ist. „Früher war dies ein Exerzierplatz, in den 40-er Jahren wurde er für Radrennen genutzt“, erläutert Thomas Niekamp geschichtliche Hintergründe und weist auf die vielfältige Architektur mit expressionistischen Elementen hin. Die Königsbrücke gilt als Bielefelder Kleinod, die Häuser wurden ab 1912 gebaut. Kleine Vorgärten geben der Reihenhause-Siedlung unterhalb der Detmolder Straße einen heimeligen Charakter. „Eine sehr menschliche Architektur“, meint eine Teilnehmerin. „Nur kleine Läden zur Selbstversorgung fehlen“, wirft ein älterer Herr ein, während die Gruppe an den denkmalgeschützten Arbeiterhäusern vorbeizieht zum „Roten Platz“ auf dem Calvinenfelde. Hier erwartet die Teilnehmer die nächste Herausforderung: Wie fühlt es sich an, wenn man auf einen Schlag um 30 Jahre altert?



eine Aufgabe: Ingo Kröpke soll eine Mülltonne vom Wohnhaus zum Bürgersteig ziehen und die Straße fegen – so wie es die Bürger regelmäßig tun müssen. Damit sich das Ganze auch lohnt, streuen die Herren vom Umweltbetrieb Sand und Splitt auf den Weg. „1,50 Meter breit muss die Straße von den Bürgern gefegt werden: Bitte sehr.“ Ingo Kröpke müht sich redlich. Mit schwerfälligen Bewegungen schiebt er den Dreck mit dem Besen zusammen, Schweißperlen glänzen auf der Stirn. Endlich glaubt er, alles sauber zu haben. „Aber als ich die Brille abnahm, hab ich gesehen, dass noch ein Drittel liegen geblieben war.“

Für die Chefs des UWB ist klar, dass eine älter werdende Bevölkerung neue Bedürfnisse hat. „Beim Sperrgut bieten wir schon einen Service an und tragen den Hausrat gegen eine Gebühr aus der Wohnung, weil wir sehr viele Anfragen von älteren Leuten hatten“, sagt Wolf-Eberhard Becker. Ob der UWB auch für Dinge wie die Straßenreinigung, die Anwohner in einigen Gebieten selbst übernehmen müssen, Angebote entwickeln wird, ist unklar. An diesem Beispiel zeige sich, dass es wichtig ist, genau hinzuschauen, wie die Stadt auf den demographischen Wandel reagiert, ergänzt die Demographiebeauftragte Susanne Tatje. Schließlich wird sich der demographische Wandel in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich vollziehen und auswirken. Wichtig sei es, individuelle und auf die einzelnen Quartiere zugeschnittene Lösungen zu entwickeln.



### 2. Station: „Wir werden bunter“ Das Internationale Begegnungszentrum (IBZ) an der Teutoburger Straße

Kaffee, Kekse und Baklava erwartet die Gruppe im alten Logierhaus, ein rotes Backsteingebäude an der Teutoburger Straße. An dieser Station des Rundgangs zeigt sich schnell, dass das „bunter“ werden in Bielefeld kein neuer Trend ist. Schon Ende des 19. Jahrhunderts kamen Frauen aus Schlesien und Böhmen nach Bielefeld und arbeiteten unter schweren Bedingungen in der



Ravensberger Spinnerei. Damit diese Frauen nicht im „Moloch“ Großstadt untergingen, wurde für sie ein Kost- und Logierhaus gebaut, in dem heute das Internationale Begegnungszentrum untergebracht ist, kurz IBZ.

Engagierte Migranten haben die Anlaufstelle 1981 gegründet, um Menschen ausländischer Herkunft in Bielefeld zu unterstützen und zu stärken. Der Verein bietet zahlreiche Angebote, von politischer Bildung bis zu Kinder- und Jugendarbeit. Wie wichtig das ist, zeigt ein Blick auf die Statistik: rund 80.000 Menschen in Bielefeld sind nicht deutscher Herkunft. Das ist ein Viertel der Bevölkerung, erklärt Emir Ali Sag vom interkulturellen Büro der Stadt Bielefeld. Bei den 0 bis 6-Jährigen haben sogar 40 Prozent einen Migrationshintergrund, in einigen Stadtteilen ist die Quote noch höher. Menschen aus 124 verschiedenen

Nationalitäten leben in Bielefeld, eine sehr heterogene Gruppe. Sie alle zu integrieren, ihnen Zugang zu Bildung und Arbeit zu schaffen, das sei die große gesellschaftliche Aufgabe, betont Kyriaki Argyriadou, Vorsitzende des Migrationsrates der Stadt Bielefeld. „Wir fördern Integration!“ – so lautet darum auch eines der Ziele in dem Gesamtkonzept zum demographischen Wandel der Stadt Bielefeld, sagt Susanne Tatje, die das Konzept entwickelt hat. Zusätzlich wird derzeit ein Integrationskonzept für Bielefeld erarbeitet, an dem unterschiedliche Gruppen wie die Polizei, Wohnungsgesellschaften und Migrantenselbstorganisationen mitwirken. Bis Ende 2007 sollen Leitlinien für Bielefeld erarbeitet werden.



### Vom mittelalterlichen Bielefeld zur Industriestadt

Krämer, Höker, Kaufleute und Handwerker prägten das mittelalterliche Bielefeld. Durch die verkehrsgünstige Lage entwickelte sich die Stadt zu einem regen Handelsort. Das Stadtgebiet konzentrierte sich auf den heutigen Altstadt kern, vor den Stadtmauern befand sich die Feldmark mit Gärten und landwirtschaftlichen Flächen. Jahrhunderte lang veränderte sich das Ausmaß von Bielefeld kaum. Erst ab dem 19. Jahrhundert, mit der Industrialisierung, wuchs die Stadt in die Breite und dehnte sich aus. Arbeitskräfte aus dem Umland wanderten zu, die Leute fingen an, die Gärten und Felder zu besiedeln. Prägend für Bielefeld waren das Leinengewerbe und die Metallindustrie, die sich im Norden der Stadt ansiedelte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten in Bielefeld bereits mehr als 80.000 Menschen. Aus dem Handelsort war eine gründerzeitlich gewachsene Industriestadt geworden mit Bürgerhäusern, Arbeiter- und Industrievierteln.

### 3. Station: „Wir werden älter“ Städtische Krankenanstalten Bielefeld-Mitte



#### Das Konzept des demographischen Stadtrundgangs

„Um die Zukunft zu gestalten, müssen wir die Vergangenheit kennen und heute in der Realität berücksichtigen“, sagt die Demographiebeauftragte Susanne Tatje, die zusammen mit dem Historiker Thomas Niekamp das Konzept eines demographischen Stadtrundgangs entwickelt hat. Ziel ist es, das abstrakte Thema „demographischer Wandel“ den Bürgerinnen und Bürgern auf sehr anschauliche und lebendige Weise näher zu bringen. Hintergründe über Geschichte, soziale Struktur und Bauentwicklung sollen helfen, heutige Problemlagen und Zusammenhänge besser zu verstehen. An einzelnen Stationen erläutern verschiedene Experten das „weniger, älter und bunter“ werden der Gesellschaft an konkreten Beispielen oder Projekten. Der erste Rundgang dieser Art fand im Jahr 2006 statt. Entstanden ist die Idee durch die Projektgruppe „Räume der Zukunft“. Diese Gruppe hat sich intensiv mit einem ausgewählten Stadtgebiet in Bielefeld-Mitte befasst und Vorschläge entwickelt, wie in diesem Gebiet auf den demographischen Wandel reagiert werden kann.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Die Ergebnisse sind dokumentiert im Heft 2 der Reihe „Zukunft Stadt“

in die Unfallchirurgie kommt. Im Anschluss werden ältere Menschen in der Geriatrie weiter behandelt. „Durch diese nacheinander gelegten Untersuchungen verlieren wir wertvolle Zeit, die Heilung verzögert sich“, sagt Wolfgang Schmidt-Barzynski, der das fächerübergreifende Projekt Ende 2005 mit angestoßen hat. Mittlerweile werden in der Abteilung Alterstraumatologie im Schnitt 15 Patienten gemeinsam von Unfall-

und Geriatrie-Spezialisten behandelt. Mit Erfolg. „2006 haben wir keinen Patienten aus unserer Abteilung in eine Reha-Klinik verlegen müssen.“ Auch die Verweildauer hat sich verkürzt – von durchschnittlich 38 Tagen auf 30 Tage, mittlerweile können Patienten sogar schon nach 26 Tagen entlassen werden.

„Wir müssen die Patienten ab dem ersten Tag voll behandeln, sonst werden sie immobil“, plädiert auch Unfallchirurg Wolfgang Begemann für das Modell. Ziel ist es, dass die Patienten möglichst rasch wieder voll belastbar sind und nach Hause, in ihr gewohntes soziales Umfeld zurückkehren können. Die Ärzte wollen verhindern, dass ältere Menschen zum Beispiel nach einem gefürchteten Oberschenkelhalsbruch pflegebedürftig werden. Zu ihrer Arbeit gehört auch die Sturzprophylaxe. „Jeder Sturz ist eine Chance, die Ursachen dafür heraus zu finden“, betont Wolfgang Begemann. Ultraschall, Knochendichtemessung oder Herzkreislaufuntersuchungen können wertvolle Hinweise geben, warum es zu einem Sturz gekommen ist und wie er in Zukunft vermieden werden kann. Die Spezialisten wünschen sich darum auch eine stärkere Kooperation mit den Hausärzten, die im Idealfall automatisch beim Gesundheits-Check ältere Patienten fragen: Sind Sie im letzten Jahr gestürzt? Wenn ja, kann zum Beispiel ein Muskeltraining oder eine richtige Medikamenteneinstellung dazu beitragen, weitere Stürze zu vermeiden. „Das Konzept ist zukunftsweisend“, sagt Klinik-Chef Johannes Kramer, und Susanne Tatje stimmt ihm zu. „Rund ein Drittel der Bielefelder Bevölkerung ist über 50. Und in Zukunft wird die Zahl der Älteren und Hochbetagten deutlich steigen“, so die Demographiebeauftragte. Die Stadt müsse sich genau überlegen, wie sie auf diese Entwicklung reagieren wird.

Eine Fülle von Informationen, Anregungen und neuen Erkenntnissen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während des gut dreistündigen Rundgangs bekommen. Oberbürgermeister Eberhard David hatte sich bereits zu Beginn der Veranstaltung für das große Interesse bedankt und forderte die Bürgerinnen und Bürger auf, sich aktiv an der Gestaltung des demographischen Wandels in Bielefeld zu beteiligen. „Das Thema muss im Kopf anfangen, man kann es nicht verordnen. Man muss es leben.“



## Schwund

### Karl-Heinz, Leonie, Celal und die anderen: Ein generationenübergreifendes Stück vom AlarmTheater und dem Theater Bielefeld

**Die Grenzen scheinen unüberwindbar: Hier die Alten, da die Jungen. Hier der Tanzkreis für Senioren, da der Jugendwahn im Fitnessstudio. Entmündigte Omas und Opas gegen egoistische Jugend, die sich weigert, selbst Kinder in die Welt zu setzen. Doch dann mischen sich Alt und Jung auf der Bühne, kommen sich näher, trennen sich wieder, es bewegt sich etwas. Und am Ende scheinen Solidarität und Miteinander wichtiger, als sich im Krieg der Generationen gegenseitig klein zu machen. Anrührend, poetisch, laut und plakativ, dann wieder sehr leise – das ist „Schwund“, eine Gemeinschaftsproduktion vom AlarmTheater und dem Theater Bielefeld zum demographischen Wandel.**



14 Jugendliche und 13 ältere Menschen haben sich auf das Experiment eingelassen und versuchen, das Mega-Thema zu visualisieren. „Nichts war vorgegeben, alles hat sich erst im Laufe der Zeit entwickelt“, erklärt Dietlind Budde, eine der drei Regisseure. Für die Älteren war das Theaterprojekt eine intensive Auseinandersetzung mit dem eigenen Leben und dem Tod. Für die Jüngeren eröffnete sich dagegen oft ein neuer Blick auf die ältere Generation. „Uns ist vieles deutlich geworden, worüber wir in der Schule oder in der Ausbildung gar nicht nachdenken“, sagt eine jüngere Teilnehmerin und ergänzt, dass ihr erst bei den Proben bewusst geworden sei, worauf sie sich eingelassen hat. „Ich wollte Theater spielen. Dann habe ich gemerkt: Das Thema ist ein ganz schöner Brocken.“

Sechs Monate haben die Schauspielerinnen und Schauspieler im Alter von 16 bis 75 Jahren geprobt. Es war eine „Tour de force“, sagt Theaterpädagogin Martina Beinlinger. Eine Herausforderung und intensive Arbeit, bei der eine Energie freigesetzt worden ist, die sich auch auf das

Publikum überträgt. Entstanden ist eine Collage aus Bildern, Klischees und Fakten, die den nüchternen Begriff „demographischer Wandel“ auf eine emotionale und assoziative Art vermittelt. Immer wieder prallen in dem Stück Wünsche und Lebensentwürfe der unterschiedlichen Generationen aufeinander. Und immer wieder gibt es die bange Frage: Reicht es für alle? „Wir sollten Platz machen für die Jüngeren“, meint Heiner einsichtsvoll und schlägt ein „sozialverträgliches Ableben“ vor. Jeder Alte hat die Chance, in einer Rede für sich zu werben. Die Jury entscheidet dann: Daumen rauf oder Daumen runter und ab in die Kiste. Direkt und schonungslos werden die Verteilungskämpfe zwischen Alt und Jung dargestellt. Und was ist mit dem Generationenvertrag? „Den habe ich schon lange gekündigt“, grinst ein alter Mann. Ein junges Mädchen ist verunsichert. „Ich hab da noch nichts unterschrieben.“ Und Kinder will sie auch nicht. Doch was bleibt? Wofür lohnt es sich zu leben? Wer ist da, wenn ein Mensch fleht: Hilf mir zu sterben. Diese Fragen wirft das Stück zum Schluss auf. Am Ende geben die Alten ihr Wissen an die Jungen weiter, so kann der Kreislauf des Lebens fortbestehen. Oder, wie eine Akteurin zitiert: „Tradition ist nicht die Verwahrung von Asche, sondern die Weitergabe des Feuers.“



Mit: Marina Brinkrolf, Nadine Brinkrolf, Florentine Bruhn, Julia Bucher, Petra Döbereiner, Gisela Feldmann, Kornelia Göckede, Celal Görulmez, Aileen Grothues, Marie-Ruth Henke, Karoline Horstmann, Heinrich Jürgenbehning, Anita Kiel, Wolfgang Neul, Bruno Peters, Sigrid Polanski, Andreas Reitz, Brigitte Röttger, Elisabeth Marie Schmidt, Sarah Melike Smolorz, Tobias Rechten, Eva Vinke, Saskia Vinuesa, Karl-Heinz Webel, Sandra Welki, Jutta Wiegand, Leonie Zeumer  
Regie: Martina Breinlinger, Dietlind, Budde, Harald Otto Schmid  
Bühne und Kostüm: Suzanne Austin  
Premiere: 10. März 2007  
im AlarmTheater Bielefeld

## Demographie und Dichtung

*Matinée zum Thema „Wir werden weniger, älter und bunter“*

**Welchen Beitrag kann die Kultur in der aktuellen Demographie-Debatte leisten? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Matinée am Sonntag. Dass sich auch Kulturschaffende mit den Fragen einer älter, bunter und kleiner werden Gesellschaft auseinander setzen, wertete die Demographiebeauftragte der Stadt, Susanne Tatje, als große Bereicherung: „Demographie und Dichtung, das ist ein ernstes, aber auch heiteres Thema.“ Auch Theater-Intendant Michael Heicks sprach von einem „Gewinn, dass wir uns die Zeit nehmen, uns auf einer anderen Ebene mit dem Thema zu beschäftigen.“ Ausgangspunkt des Gesprächs war die Uraufführung von Felicia Zellers Stück *deutsches hysterisches museum*.**

Proben, Premierefeier und Podiumsdiskussion – für **Felicia Zeller** waren es „harte Tage in Bielefeld“. Die 36-jährige Autorin hatte eigens für das Symposium ein Stück zum demographischen Wandel geschrieben und gab offen zu: „Ich hätte mir das Thema selbst wahrscheinlich nicht ausgewählt.“ Aber es sei manchmal gut, Themen zu bearbeiten, die einem fremd sind. „Obwohl jetzt, so wie ich mich heute fühle, ist es mir gar nicht so fremd...“ Das entstandene Stück versteht Felicia Zeller als „Fortführung der populistisch geführten Debatte.“

*„Wenn wir anfangen über Themen zu lachen, werden sie ein Stück Normalität.“*

von links nach rechts:  
Uwe Bautz, Chefdramaturg,  
Theater Bielefeld  
Daniela Kranz,  
Freie Regisseurin, Berlin  
Felicia Zeller, Autorin, Berlin

Die spitzfindige, ironische und witzige Annäherung an das Thema kam beim Publikum gut an, sagte Moderator **Martin Knabenreich**, Chefredakteur von Radio Bielefeld. An vielen Stellen gab es Szenenapplaus und Gelächter – aber auch

Irritationen und Fragezeichen. „Man kann so ein Thema nicht eins zu eins auf die Bühne bringen. Wichtig war, dass wir es überhaupt thematisieren und dass wir es so künstlerisch thematisieren, dass es Theater bleibt“, sagte **Claudia Lowin**, zuständig für die Dramaturgie. Das Publikum habe möglicherweise eine andere Erwartung gehabt, wie mit einem so ernsten Thema umgegangen werden sollte. „Was die Zuschauer erlebt haben, wurde gemocht. Aber die Frage blieb natürlich: Kann man mit so einem dramatischen Thema denn so heiter umgehen?“

Man kann, meinte Regisseurin **Daniela Kranz**. „Für mich ist wichtig, dass das Thema ein Teil unserer Unterhaltung wird. Wenn man anfängt, über Themen zu lachen, sich über sie lustig zu machen, werden sie ein Stück Normalität, erst dann werden sie ein Teil unserer Kultur. Natürlich ist das Thema ernst, aber nicht nur über den ernstesten Weg kann man sich ihm annähern. Denn sonst habe ich wahnsinnige Angst. Ich weiß nicht, wie es im Alter wird.“

Das Stück habe auf jeden Fall Fragen aufgeworfen und Impulse gegeben, sagte **Dr. Philipp-Christian Wachs** von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius aus Hamburg. „Uns hat das Stück in vielen verschiedenen Facetten bis weit in die Nacht beschäftigt.“ Chefdramaturg **Uwe Bautz** wertete dies als Erfolg und großes Kompliment. „Eine der wichtigsten Funktionen von Theater ist es, Anstöße zu geben, dass man danach weiter redet.“

Doch es gab auch kritische Stimmen. **Philipp-Christian Wachs** vermisste zentrale Themen wie Migration und fand die Grundstimmung des Stückes „etwas depressiv“ im Bezug auf die Darstellung des Alters. „Dabei birgt die alternde Gesellschaft ungeheure Chancen. So werden in den USA in einzelnen Branchen bis zu drei Viertel neuer, innovativer Unternehmen durch über Sechzigjährige gegründet. In Deutschland bekommt man ab diesem Alter in der Regel keinen Existenzgründungs- und Unternehmenskredit mehr, unabhängig davon, wie fit Sie sind.“ Ein weiteres Beispiel: „In Deutschland werden Professoren durch eine starre Pensionierungsgrenze auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit ausgemustert. Doch wenn sie einen internationalen Ruf genießen, können sie pünktlich zum Pensionsalter damit rechnen, ein lukratives Angebot einer amerikanischen Hochschule zu bekommen.“ Auch Spiegel-Redakteur **Norbert F. Pötzl** plädierte dafür, nicht nur die Schreckensvisionen zu sehen, sondern auch die Chancen. „Es ist ein großes Glück, dass wir älter werden, und ich finde es auch nicht schlimm, dass wir weniger werden. Das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik ist mit 50 Millionen Menschen aufgebaut worden. Also es liegt nicht an der Kopfzahl. Und dass wir bunter werden, ist auch von Vorteil. Wir werden in Zukunft qualifizierte ausländische Arbeitskräfte brauchen.“

**Dr. Helmut Brand**, Direktor des Landesinstituts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes NRW, stimmte zu. „Wenn wir weniger werden, ist der Reflex: Wir müssen mehr werden. Man kann aber auch dafür sorgen, dass die wenigen eine bessere Ausbildung bekommen und sie das kompensieren. Können wir es uns leisten, dass Kinder nicht so gefördert werden, wie sie gefördert werden sollten?“ Mehr Bildung und Ausbildung, kleinere Klassen, all das sei notwendig, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein. „Wenn wir das schaffen, bin ich fast ein wenig neidisch auf die jungen Leute, die jetzt geboren werden, weil wir plötzlich Ressourcen haben ihnen das zu bieten, was in unserer Babyboomer-Generation nicht möglich war.“

Wunsch und Wirklichkeit klaffen allerdings noch weit auseinander, machte die Bielefelder Kulturamtsleiterin **Brigitte Brand** deutlich. „Wir wollen mehr Kinder, aber wir haben nicht mal Ausbildungsplätze für diejenigen, die im Moment gerade heranwachsen. Es gibt sehr viele Kinder,

die sehr wenig Bildung abbekommen, weil die Schulen oder deren Elternhaus nicht in der Lage sind, Bildung zu vermitteln. In Deutschland leben zwischen 1,9 und 2,5 Millionen Kinder an der Armutsgrenze. Das sind oft auch Kinder, die keine Bildung mitbekommen. Das sind oft auch Leute, die ihren Kindern bestimmte Projekte, eine Musik- oder Kunstschule, gar nicht bieten können. Da ist Kultur im weitesten Sinne gefragt, Grundlagen zu schaffen.“

von links nach rechts:  
Martin Knabenreich,  
Radio Bielefeld  
Norbert F. Pötzl, Journalist,  
DER SPIEGEL, Hamburg  
Dr. Philipp-Christian Wachs,  
ZEIT-Stiftung Ebelin und  
Gerd Bucerius, Hamburg



**Michael Heicks** betonte, dass dem Theater dieser Bereich – trotz enger finanzieller Mittel – wichtig sei. „Wir haben kein Kinder- und Jugendtheater. Aber wir bieten mit dem Theater jung ein Angebot und sind dabei, so eine Sparte zu entwickeln, weil es uns wichtig ist.“ Daneben werde versucht, verstärkt Zeitthemen auf die Bühne zu holen, so **Uwe Bautz**. „Wir sind schneller geworden, und wir müssen noch schneller werden, auch im Theater. Es geht darum, nicht nur zu diskutieren, sondern Gedanken anzuregen.“ Und Bautz weiter: „In Deutschland haben wir immer das Problem, dass wir die Sache um 15 Jahre zu spät erkennen.“

von links nach rechts:  
Claudia Lowin,  
Theater Bielefeld  
Dr. Helmut Brand, Direktor  
des Landesinstituts für den  
öffentlichen Gesundheits-  
dienst des Landes NRW  
(Iögd), Bielefeld  
Brigitte Brand, Leiterin  
des Kulturamtes der Stadt  
Bielefeld





Worüber wir jetzt reden, das hätten wir eigentlich schon in den 70-er Jahren zumindest gedanklich bewältigen müssen. Wir sind in einer sehr prekären Situation, und ich glaube nicht, dass wir mit ein bisschen gutem Willen und ein paar soziologischen Studien mehr irgendetwas bewältigen werden. Da muss es um Geld gehen, da müssen unsere Institute gestärkt werden, ob das Schulen sind, Museen, Theater, der Bereich Musiktheater, der vor einer massiven Umwälzung steht. Wenn wir uns mal angucken, wie der Altersdurchschnitt

**„Wir müssen das Thema Demographie stets mitdenken und in die Routine einbauen.“**

Leute nicht gerne im Theater sehe, sondern weil ich einfach merke, dass wir diesen strukturellen Wandel noch nicht im Ansatz zu bewältigen scheinen, und darüber müssen wir uns Gedanken machen. Wer gibt uns die Mittel? Ich meine jetzt nicht nur uns als Theater, sondern uns als Gesellschaft, damit wir uns diesen Aufgaben wirklich stellen können und damit wir von dieser Phase der Beschreibung auch mal ins Tun kommen.“

Der demographische Wandel sei für den Kulturbetrieb insgesamt eine große Herausforderung, sagte auch **Brigitte Brand**. „Wir müssen uns auf



ein viel heterogeneres Publikum einstellen und ein neues Publikum gewinnen, das wir zum Teil noch gar nicht so genau kennen. Zum anderen müssen wir dafür sorgen, dass die wachsende Zahl sozial Benachteiligter sich weiterhin Kultur und kulturelle Bildung leisten kann. Und wir müssen die Wichtigkeit von Bildung und Kultur auch für viele andere Themen so vermitteln, dass die Politik ihren Handlungsbedarf erkennt.“

Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor, ergänzte **Helmut Brand**. Für Firmen seien kulturelle Angebote in einer Stadt ein Argument, um qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen. Helmut Brandt wünschte sich zudem eine Art „demographic-mainstreaming“ – „also dass wir das Thema Demographie stets mitdenken und in die Routine einbauen.“ Denn Demographie ist eine Querschnittsaufgabe und spielt in vielen gesellschaftlichen Feldern eine Rolle – auch im Bereich der Kultur. Nach der besonderen Bedeutung der Medien fragte Moderator **Martin Knabenreich**. Insgesamt sei ein Paradigmenwechsel festzustellen – weg von den Horrorvisionen einer vergreisten Gesellschaft hin zu den positiven Aspekten der demographischen Entwicklung, sagte **Norbert F. Pötzl**. In der zum Teil sehr emotionalen und nicht immer faktenbasierten Demographie-Debatte können die Medien zur Versachlichung beitragen, ergänzte **Philipp-Christian Wachs**. „Dies ist notwendig, um den mentalen Wandel zu befördern. Gemeinsam mit der Kultur können die Medien hier eine zentrale Rolle spielen.“ Und **Norbert F. Pötzl** fügte abschließend hinzu: „Auch Veranstaltungen wie das Symposium tragen zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Thema bei. Es kam genau zur richtigen Zeit.“

## **Mitwirkende des Symposiums** **„ZUKUNFT findet STADT – STADT findet ZUKUNFT“** **vom 9. bis 11. März 2007 in Bielefeld**



### **Uwe Bautz**

geboren 1960 in Frankfurt am Main; Studium der Germanistik und Philosophie in Berlin (West), Autor und Dramaturg u.a. am Düsseldorfer Schauspielhaus, Theaterhaus Jena, Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz Berlin und an den Freien Kammerspielen Magdeburg, seit Spielzeit 2004/2005 als Chefdramaturg und stellv. Schauspielregisseur am Theater Bielefeld.



### **Brigitte Brand**

geboren 1962 in Karlsruhe studierte Brigitte Brand Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit, Mittelalterliche Geschichte und Kunstgeschichte in Heidelberg, Nizza und Bamberg. Nach der Durchführung mehrerer Großgrabungen in Sachsen-Anhalt und einer musealen Zusatzausbildung am Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte in Oldenburg war sie ab 2000 als Leiterin der Ausgrabungen an der Welle in Bielefeld tätig und maßgeblich an der Gestaltung der Grabungspräsentation beteiligt. Heute arbeitet sie an ihrer Promotion und ist seit 2006 Leiterin des Kulturamts Bielefeld.



### **Dr. med. Helmut Brand, MSC**

geboren 1957; Studium der Medizin in Düsseldorf und Zürich. Klinische Ausbildung in Innerer Medizin, Chirurgie und Psychiatrie „Master of Science in Community Medicine“ an der London School of Hygiene and Tropical Medicine und der London School of Economics. Tätigkeit im öffentlichen Gesundheitsdienst auf Kreisebene (Kreis Minden-Lübbecke) und auf Landesebene (Ministerien des Landes Niedersachsen und Hamburg). Seit 1995 Leiter des Landesinstitutes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Iögd), Deutschland, verantwortlich für Politikberatung, Gesundheitsberichterstattung, kommunalen Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Umwelt und Gesundheit sowie Arzneimittelsicherheit im Land NRW. Facharzt für öffentliches Gesundheitswesen, Deutschland; Mitglied der „Faculty of Public Health Medicine“, UK; Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGSMP); Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bundesverbandes der Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.; Mitglied des Beirats des „European Journal of Public Health“ und des „Das Gesundheitswesen“; Vertreter Deutschlands und des Landes NRW bei der Europäischen Kommission in Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens.



### Eberhard David

geboren am 17. Mai 1942 in Bielefeld  
verheiratet, zwei Kinder. Bis Oktober 1999 beruflich tätig als Kirchenverwaltungsrat und Leiter des evangelischen Gemeindeamtes Brackwede. 1969 Eintritt in die CDU, Einstieg in die Kommunalpolitik als Mitglied des Rates der Gemeinde Senne I, seit 1972 Mitglied des Rates der Stadt Bielefeld. Von 1979 bis 1989 Bezirksvorsteher von Senne. 1989 bis 1994 letzter ehrenamtlicher Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld. Seit dem

1. Oktober 1999 erster direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählter Oberbürgermeister und Chef der Verwaltung. Für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt nach gewonnener Stichwahl vom 10.10.2004.



### Prof. Dr. Maria Dietzel-Papakyriakou

geboren in Griechenland  
Studium der Architektur in Thessaloniki, der Soziologie und der politischen Ökonomie in Paris. Promotion (Soziologie) in Bochum und Habilitation (Soziale Gerontologie) in Essen. Seit 1995 ordentliche Professorin an der Universität Duisburg-Essen. Mitglied der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zum 6. Familienbericht und zum 5. Altenbericht und der Expertenkommission der Bertelsmann Stiftung: „Ziele in der Altenpolitik“.



### Michael Heicks

ist seit Januar 2005 Intendant des Theater Bielefeld. Der Regisseur war zuvor von 2000 bis 2004 Schauspielregisseur des hiesigen Theaters. In der aktuellen Spielzeit inszeniert der Bielefelder Intendant neben der Uraufführung von „Heul doch!“ und Tschechows „Der Kirschgarten“ auch die Deutsche Erstaufführung von Zdenek Fibichs Oper „Der Sturm“. Bevor Michael Heicks nach Bielefeld kam, arbeitete er als freier Regisseur mit Inszenierungen am Staatstheater Braunschweig, Staatstheater Oldenburg, Grips

Theater Berlin, Deutschen Theater Göttingen, Theater Salzburg, Theater Basel und am Thalia Theater Hamburg. Er arbeitete zudem als Dozent an der Musikhochschule Hamburg und der Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel. Michael Heicks studierte Schauspiel und Regie an der Akademie der darstellenden Kunst, Otto-Falckenberg-Schule, München.



### Reinhard Hübsch

Jahrgang 1953, ist gebürtiger Wilhelmshavener, wuchs in Nordenham an der Unterweser auf und studierte nach dem Abitur in Marburg, Berlin und Freiburg u.a. Politische Wissenschaften und Germanistik. Journalistisch begann er, wie viele seiner Kolleginnen und Kollegen, bei der Schülerzeitung und im Lokaljournalismus; erste Gehversuche im Radio machte er ab 1974 beim Westdeutschen Rundfunk. Nach dem Staatsexamen zum Lehramt arbeitete er für mehrere Rundfunkanstalten und Zeitungen, drehte Fernsehfilme für

dem SWF und verfasste mehrere Bücher u.a. zur Deutschlandpolitik in den 50er und 60er Jahren.



### Martin Knabenreich

geboren am 18.11.1969 in Berlin-West  
verheiratet, Vater einer Tochter (5) und eines Sohns (1); Studium der Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Berufliche Stationen, u.a.: 1991-1993: Freier Mitarbeiter Inforadio Berlin; 1994: Redaktionsleiter JAM FM; 1994-1999: Redakteur und Moderator bei Radio HUNDERT,6 Berlin; 1996/1998: Korrespondent bei Olympischen Spielen in Atlanta und Nagano; 1999-2000: Assistent der Geschäftsführung Agentur Sponsorpartners, Bonn; 2001-2002: PR Director Europe, Lycos Europe, Gütersloh; seit Februar 2002 Chefredakteur von

Radio Bielefeld



### Daniela Kranz

absolvierte ihre Regieausbildung am Mozarteum in Salzburg und arbeitete als Regieassistentin am Residenztheater München und an der Schaubühne Berlin. „Mein junges idiotisches Herz“ von Anja Hilling, Kammerspiele München, 2004. „Sterne“ von Anja Hilling – Uraufführung, Theater Bielefeld, Premiere 2006. „Der Tod und das Mädchen IV – Jackie“ von Elfriede Jelinek, Österreichische Erstaufführung, Burgtheater Wien, Vestibül Premiere 2005. „Bulbus“ von Anja Hilling – Uraufführung, Burgtheater Wien, Kasino

Premiere 2006. Für ihre Inszenierung von Anja Hillings „Mein junges idiotisches Herz“ (Kammerspiele München, 2004) wurde Daniela Kranz mit dem Förderpreis für Regie im Rahmen des Gertrud-Eysoldt-Rings ausgezeichnet. Von 2000 bis 2006 Arbeiten als Regieteam Kranz/Nordalm, u.a.: „Junkspa-ce“ von Kathrin Röggla, 2006; „Unschuld“ von Dea Loher, 2006; „SMASH!“ von Kai Schubert, 2005; „Dionysos Deutschland“ von Tom Peuckert, 2004; „Jupiter“ von Thomas Jonigk, 2003; „Sportmärchen“ Ö. v. Horváth, 2002; „Gelbsucht“ von Margareth Obexer, 2001



### Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

studierte Philosophie, Physik, Mathematik und Politikwissenschaft in München und Tübingen, lehrte Philosophie und politische Theorie in München, Minneapolis, Tübingen, Brügge, Göttingen und Berlin – 1993-2003 o. Professor für Philosophie an der Universität Göttingen, seit 2004 Ordinarius für politische Theorie und Philosophie an der Universität München – und war Kulturstaatsminister im ersten Kabinett Schröder. Wichtigste Buchpublikationen: Kritik des Konsequentialismus, München 1993; Logik kollektiver Entscheidungen, München/Wien 1994 (m. L. Kern); Economic Rationality and Practical Reason, Dordrecht 1997; Demokratie als Kooperation, Frankfurt a.M. 1999; Strukturelle Rationalität, Stuttgart 2001; Ethische Essays, Frankfurt a.M. 2002; Angewandte Ethik, Stuttgart 2005; Über menschliche Freiheit, Stuttgart 2005; Humanismus als Leitkultur, München 2006; Demokratie und Wahrheit, München 2006.



### Thomas Niekamp

geboren 1957 in Bielefeld

Studium der Geschichtswissenschaft und Anglistik. Während des Studiums Schwerpunktbildung in den Bereichen Lokal- und Regionalgeschichte und Mitarbeit in der Geschichtswerkstatt Bielefeld. Mitherausgeber der Bielefelder „Geschichtsabläufe“. Seit 1994 Mitarbeiter der Stadtverwaltung Bielefeld.



#### Norbert F. Pötzl

geboren 1948 in Waiblingen (Baden-Württemberg)  
Jura-Studium in Tübingen. Seit 1972 Redakteur beim SPIEGEL, zurzeit stellvertretender Leiter des Ressorts Sonderthemen. Mehrere Buch-Veröffentlichungen, u.a. „Der Fall Barschel“ (1988), „Basar der Spione – Die geheimen Missionen des DDR-Unterhändlers Wolfgang Vogel“ (1997), „Erich Honecker – Eine deutsche Biographie“ (2002). „Publizistikpreis Senioren“ vom Meyer-Hentschel Institut und der „Feier@bend Online Dienst für Senioren AG“ (Schirmherrin Bundesministerin a.D. Prof. Dr. Ursula Lehr, Gründungsdirektorin des Deutschen Zentrums für Altersforschung) für die Geschichte „Handeln statt jammern“ in dem SPIEGEL SPECIAL „Jung im Kopf – Die Chancen der alternden Gesellschaft“ (2006).



#### Dr. habil. Walter Prigge

Studium, Lehre und Habilitation für urbane Soziologie in Frankfurt/Main, dort selbständiger Stadtforscher („Zukunft des Städtischen“, „GrünGürtel“, „1200 Jahre Frankfurt“ etc.). Seit 1996 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Stiftung Bauhaus Dessau beschäftigt mit Stadt, Raum und Architektur. Gegenwärtiges Projekt „Suburbanisierung der Innenstädte“. Zuletzt erschienen „Peripherie ist überall“ (Hg 1998), „Ernst Neufert: Normierte Baukultur im 20. Jahrhundert“ (Hg 1999) und „Bauhaus Brasilia Auschwitz Hiroshima. Weltkulturerbe des 20. Jahrhunderts: Modernität und Barbarei“ (Hg 2003), „Ikone der Moderne: 80 Jahre Bauhausgebäude in Dessau“ (Hg 2006).



#### Susanne Tatje

Diplom-Soziologin. Berufstätigkeit in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern wie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt der Universität Bielefeld zur einphasigen Juristenausbildung, Leiterin eines VHS-Fachbereiches „Politik und Gesellschaft“, Referatsleiterin im NRW-Landesministerium „Gleichstellung von Frau und Mann“ (Grundsatzfragen). Seit 2004 Leiterin des Projektes „Demographische Entwicklungsplanung“ im Dezernat des Oberbürgermeisters der Stadt Bielefeld. Mitglied in der AG „Demographischer Wandel“ beim Deutschen Städtetag, Mitglied in der AG „Integration vor Ort“ für den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung. Innovationspreis des Landes NRW 2006 für das Konzept „Demographischer Wandel als Chance?“. Diverse Veröffentlichungen zum Thema „Demographischer Wandel“.



#### Marie-Luise Tolle

geboren am 26.03.1952  
Nach dem Studium der Fächer Englisch und Geografie in Münster, Freiburg und Aachen 7 Jahre als Studienrätin tätig am Eichendorff-Kolleg, Geilenkirchen. 1 Jahr Erfahrungen in der Schulaufsicht beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Von 1985 – 1995 im Kultusministerium Düsseldorf, davon 3 Jahre als persönliche Referentin von Kultusminister Hans Schwier. 3 Jahre Leitung der politischen Planungsgruppe (Schule, Kultur und Sport) als leitende Ministerialrätin. Von 1995 – 1999 Ministerium für Schule und Weiterbildung, später gemeinsam mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Leitung der Gruppe für übergreifende Schulangelegenheiten, überregionale und internationale Angelegenheiten, Gleichstellung (Themen wie Medienerziehung, Umwelterziehung, interkulturelles Lernen, Werteerziehung und Gewaltprävention). 1999 Wechsel nach Hamburg als Senatsdirektorin, Leiterin des Senatsamtes für die Gleichstellung. Seit 2003 in der Kulturbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Abteilungsleiterin für Bildende Kunst, Film, Foto, Literatur und internationalen Kulturaustausch.



#### Dr. Philipp-Christian Wachs

geboren 1967 in Hamburg, studierte in Bamberg, Paris und Berlin Zeitgeschichte, Volkswirtschaftspolitik und Öffentliches Recht. Nach dem Studium war er u.a. als Grundsatzberater für Wirtschaft und Stadtplanung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und für die Bundesregierung bei der Akquisition ausländischer Unternehmen für Ostdeutschland in der Beratungsgesellschaft Industrial Investment Council (IIC) tätig. Heute ist er Leiter des Vorstandsbüros der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Die ZEIT-Stiftung setzt sich im Rahmen ihrer Governance-Aktivitäten mit der demografischen Entwicklung in allen ihren Facetten auseinander.



#### Felicia Zeller

geboren 1970 in Stuttgart  
Arbeitet als Theaterautorin und Medienkünstlerin. Ihre Texte spiegeln mit ganz eigenem Sprachduktus, wie heutige Subjekte sich sprachlich im Unübersichtlichen verheddern, immer wieder bleiben sie in Satzschleifen hängen, denen das erlösende Verb versagt bleibt. 1998 Diplom an der Filmakademie Baden-Württemberg. 1999 Ilse-Langner-Stipendium für Dramatikerinnen. 2000 Hausautorin am theater rampe, Stuttgart. Auslandsaufenthalte, Medienprojekte, Teilnahme an Festivals, Kolumnen für die Stuttgarter Zeitung, Leseperformances. Theaterstücke, unter anderem „Bier für Frauen“ (UA Staatstheater Mainz 2001), „Club der Enttäuschten - ABM für Theater“ (UA Stadttheater Konstanz 2001), „Triumph der Provinz“ (UA Theaterhaus Jena 2002), „Einfach nur Erfolg“ (UA Theater Freiburg 2005). „deutsches hysterisches museum“ ist ihr vierzehntes Theaterstück und entstand im Auftrag für das Theater Bielefeld.

## Danksagung

Für die Gespräche, Anregungen und die tatkräftige Unterstützung danke ich Axel Dittmar und Hans Teschner von der Stadt Bielefeld, Dieter Powitz vom Theater Bielefeld und Dr. Helmut Brand vom Iögd. Mein besonderer Dank gilt Iris Uka vom Iögd.

Susanne Tatje, im Juni 2007



[www.bielefeld.de](http://www.bielefeld.de)



≡ lögd